

Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 8.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtspaltige Beizeile oder deren Raum 250 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 Pfg., Reklamen 1000 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, frühere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 293.

Donnerstag, den 15. Dezember 1921.

28. Jahrgang.

Das zerstörte Nebelmeer der Rappisten.

S. B. D. Leipzig, 14. Dezember 1921.

Der heutige Tag brachte für die Rappisten eine Enttäuschung nach der anderen. Zunächst wird der Abgeordnete Dominicus als Zeuge vernommen, der in den Märztagen 1920 noch Oberbürgermeister von Schöneberg war. Er schildert zunächst den Eindruck, den er am Morgen des 13. März empfing. Die Stimmung war allgemein eine sehr gedrückte, denn jeder hatte das Gefühl, daß etwas Unerhörtes vorgefallen sei und noch bevorstand. Ein Teil der Bevölkerung äußerte selbstverständlich Freude, aber daß die große Mehrheit des Volkes den Geheimnissen ablehnend gegenüberstand, unterlag keinem Zweifel. Der Zeuge ist auf Wunsch seines Freundes Deser ins Bureau der auf liberalem Boden stehenden Eisenbahnerorganisation gegangen und hat dort erfahren, daß auch die demokratischen und Zentrumseisenbahner den Eintritt in den Generalstreik beschloffen hätten.

Der nächste Zeuge ist der frühere preussische Finanzminister Dr. Südekum. Er zerstörte die, wie er sagt, „romantischen Erzählungen“ des Geheimrats Doye, wonach Lüttwisch in einer nächtlichen Unterredung gebeten hätte, man möge ihn in die Regierung Rapp aufnehmen und Hindenburg könne ja Präsident werden! Er habe sofort am Morgen des 13. März, nachdem er von den Vorgängen Kenntnis erhalten — er war an der nächsten Sitzung des Reichs- und des Preussischen Kabinetts nicht beteiligt gewesen — begonnen, dem Widerstand gegen die Usurpatoren zu organisieren. Er habe deshalb den Beamten des Ministeriums sofort Anweisung gegeben, ihren Dienst fortzusetzen und von niemand anderem, als von ihm Befehle anzunehmen. Aus diesem Grunde habe er auch sofort die Gelder der Generalfinanzkasse in Sicherheit bringen lassen. Die in Berlin anwesenden preussischen Minister hätten den Widerstand sofort aktiv organisiert. Ihm, Südekum, kam es aus diesem Grunde darauf an, wie sich die Sicherheitspolizei verhalte, da es in ihrem Kommando nicht ganz stimmte. Deshalb lud er nach am späten Abend den früheren Polizeireferenten Doye zu sich und dieser erschien auch mit der Pünktlichkeit eines preussischen Geheimrats. Er habe Doye ausgefragt, und ihm die Gefahr des ganzen Unternehmens für die Stellung Deutschlands vor Augen geführt. Die ernsthafteste Unterredung erzielte ihren Zweck. Südekum erfuhr, was er wissen wollte. Und nach seiner Überzeugung verließ Doye ihn als ein innerlich gebrochener Mann. Auf Wunsch Südekums sind Deser und Dominicus zu Lüttwisch und Rapp gefahren, um das Ultimatum der Eisenbahner vorzutragen und den Rücktritt der Usurpatoren zu veranlassen. Auf der Fahrt vom Reichswehrministerium zur Reichskanzlei sah General Ludendorff mit Lüttwisch zusammen im Auto. Er war dann auch in der Reichskanzlei. Man habe vorerst Lüttwisch als auch Rapp so energig zugeredet, wie man eben unter gebildeten Menschen reden kann, ohne handgreiflich zu werden. Rapp hatte die Dreistigkeit, die drei Herren einzuladen, in sein Kabinett einzutreten. Südekum antwortete, daß schon die Beamten, die ihren Eid der verfassungsmäßigen Regierung geleistet hätten, sicher jeden als Minister unmöglich machen würden. Übrigens sei nicht Rapp dazu berufen, Minister zu ernennen, sondern der Reichspräsident. Darauf drehte sich Rapp um und sagte zu Falkenhäuser: „Darum haben wir ja noch garnicht gebacht. Den Reichstag und Landtag habe ich aufgelöst, da sehe ich Ebert hiermit auch ab.“ Der Zeuge schildert dann noch die wiederholten Amnestieverhandlungen. Den Anhängern der illegalen Regierung kam das Amnestieangebot selbstverständlich nicht gelegen, denn darin lag ja die Anerkennung einer begangenen strafbaren Handlung. Von einem Amnestieverprechen könne keine Rede sein. Auf Vorhalt der Verteidigung erklärt Südekum auf das allerbestimmteste die Behauptung Doyes, er habe um Aufnahme in die Rappregierung ersucht oder gar erklärt, über die Reichspräsidentenschaft Hindenburgs liege sich reden, für einen Unsinn. Von dem ersteren sei überhaupt nicht die Rede gewesen und bezüglich Hindenburgs habe er nur gesagt: Euer Unternehmen ist von vornherein verfehlt. Die Namen Jagow und Rapp sind eine offene Provokation. Wenn das Unternehmen noch den Namen Hindenburg trüge, könnte er das psychologisch verstehen, wenn auch selbstverständlich nicht billigen und anerkennen. Aber eine Regierung Rapp-Jagow sei doch tatsächlich von vornherein zum Zusammenbruch verurteilt.

Das Nebelmeer zerflattert, das die Rappisten und ihre Verteidiger um die Ereignisse der Märztage zu legen suchten. Die Aussagen der Minister Dominicus und Südekum haben die in den letzten Tagen von Rappzeugen aufgestellten Behauptungsmomente wieder beseitigt. Insbesondere die klaren Darlegungen Südekums lassen keinen Zweifel darüber, daß die Darstellung der Angeklagten, sie hätten an die tatsächliche Machtübergang durch Rapp-Lüttwisch glauben und deshalb ihnen folgen müssen, eine durchaus falsche ist. Die

Rappisten konnten nur wenige Augenblicke diese Meinung haben, etwa wie Einbrecher die tatsächliche Macht in den Händen haben bis die Polizei kommt. — Tatsächlich haben schon am Sonnabend, dem 13. März die verfassungstreuen Kreise sich um die Aufrüstung der Truppen bemüht und sicher schon am Sonntag mehrere Hundertschaften der grünen Polizei soweit beeinflusst, daß sie zum Widerstand gegen die Rappisten bereit waren. Alle die Ausflüchte der Rappisten wurden abgetan durch eine Erwägung: sie forderten Amnestie, weil sie ihre strafrechtliche Schuld anerkennen.

Minister Deser schildert dem Gericht eingehend, wie Jagow selbst ihn im Ministerium besuchte, sich als Minister vorstellte und ihn aufforderte, in das Ministerium Rapp als Verkehrsminister einzutreten. Dabei waren die anwesenden preussischen Minister sämtlich auf Anordnung der Rappisten „verhaftet“, d. h. sie sollten das Ministerium nicht verlassen. Für Deser wollte Jagow die sofortige Freilassung erwirken, weil er hoffte, daß er den Generalstreik verhindern könne. Da Deser aber nicht gina, ohne gleichzeitig Freilassung auch der übrigen widerrechtlich festgehaltenen Minister zu fordern, so ist nach einigen Stunden denn auch deren Freilassung angeordnet worden. Auch Deser und Dominicus bestätigten auf Befragen die Tatsache, daß Rapp in Gegenwart von Jagow und seinen sonstigen Mitarbeitern „auch Ebert hiermit für abgelehnt“ erklärte.

Von lebendiger Wirkung war auch die Darstellung der Generale Reinhardt und von Oldershausen über die militärischen Ereignisse. Diese Generale haben zur verfassungsmäßigen Regierung gehalten und eine der wichtigsten Forderungen, die Lüttwisch am 10. März dem Reichspräsidenten unterbreitete, war auch die Abkündigung des Generals Reinhardt. Nach der Ueberzeugung Reinhardts mußte damals in Berlin Widerstand geleistet werden, schon damit nicht im Lande der Eindruck entstehe, als ob die Ausrüstung auf die Staatsgewalt verzichte. Nach seiner Meinung wäre der Rapp-Kutsch auch militärisch binnen weniger Tage zusammengebrochen, denn die Mehrheit der Reichswehr stand zur Verfassung und zur Regierung (?).

Auf eigene Karre das Kommando zu übernehmen war nicht möglich, weil die Reichswehr kein Militärmittel und dabei als Einrichtung noch jung war. Man konnte nicht die Truppenteile von heute auf morgen aus einer Hand in die andere Hand geben und gegeneinander führen.

General v. Oldershausen, der ehemalige Stabschef im Reichsgruppenkommando 1 war, hatte schon wochen- und monatelang vorher bemerkt, daß Lüttwisch sich in falschen Bahnen bewegte. Er hatte wiederholt versucht, Lüttwisch davon zu überzeugen, daß er von Rapp lassen müsse. Dafür hat Lüttwisch ihn nur links liegen lassen, und ist seine Wege weitergegangen. Am 10. März, als er Lüttwisch zu Ebert begleitete, wurde er plötzlich durch die politischen Forderungen überrascht, die Lüttwisch überbrachte und wozu vorher keine Rede gewesen war. Der Reichspräsident habe in durchaus ruhiger Weise auf die Forderungen geantwortet; dagegen habe Noske in sehr scharfer Form die ultimative Forderungen abgelehnt, und Noske habe das Ganze als eine Provokation der Generale erklärt, der er sich auf keinen Fall fügen werde. Noch bei der Einfahrt hat Lüttwisch den Zeugen mit Verhaftung bedroht, weil er ihm abriet, seine politischen Forderungen vorzubringen. Lüttwisch hatte bis dahin alles aufgebieten, um die Auflösung der Freikorps zu verhindern, trotzdem er wußte, daß diese Auflösung nicht zu umgehen war, weil die Entente es forderte. Der Zeuge ist der Ansicht, daß die Auflösung der militärischen Aktion am 13. März unmittelbar auf die Beurteilung und Ablehnung des Lüttwisch zurückzuführen sei, die am Tage nach jener Konferenz bei Ebert erfolgte. Infolge dieser Beurteilung hat Lüttwisch geglaubt, nicht mehr warten zu können, und auf jeden Fall loszuschlagen zu müssen.

Eine ganze Reihe von Staatssekretären und Ministerialdirektoren schilderte dann, wie sie von der neuen Regierungsgewalt Kempter erhielten.

Zum Schluß gelangten auf Ersuchen des Oberreichsanwalts noch drei Briefe zur Verlesung, die bei Schiele gefunden worden sind. Sie sind sämtlich mit B. gezeichnet und stammen augenscheinlich von Oberst Bauer. In allen dreien ist die Rede von Konferenzen, die abgehalten wurden, und von geheimen Personen, die nach Verschwörerart und unter Pseudonymen auftauchten. So wird gesprochen von einem Pastor, womit jedenfalls Traub gemeint ist und Dr. Sch., das Signum für Dr. Schiele. In einem der Schreiben wird der Empfänger beauftragt, sich beim Pastor nach dem „Betriebskapitel“ zu erkundigen. In einem anderen Schreiben ist von dem Entwurf zum neuen Reichstagswahlrecht, einem Putschwahlrecht und von einem zu schaffenden Reichstagsstandeshaus die Rede. Nach Verlesung dieser Briefe wurde die Beweisaufnahme geschlossen und die Verhandlung auf Freitag vertagt.

Hochverräter Ludendorff.

Von Erich Rüttner.

Der Generalquartiermeister a. D. Erich Ludendorff ist des vollendeten Hochverrats überführt.

Muß man das in aller Schöffheit sagen? Ja, man muß es sagen. Denn das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit, obwohl es den Jagow-Prozess vor dem Reichsgericht mit Aufmerksamkeit verfolgt, hat immer noch nicht begriffen, daß dies das klarste und wichtigste Ergebnis der drei ersten Verhandlungstage ist.

Vieles trägt freilich dazu bei, die Erkenntnis zu verleiern. Wenn das Reichsgericht die Herren v. Jagow, v. Wangenheim und Dr. Schiele auf die Anklagebank setzt, Herrn Ludendorff aber an den Zeugentisch läßt, so wird durch diese unterschiedliche Behandlung von vornherein die Illusion geweckt, als müßten die drei Männer auf der Anklagebank doch viel schwerer belastet sein als der außer Verfolgung gebliebene Zeuge.

Weitere Momente verstärken die Illusion: Der Oberreichsanwalt beantragt, die Verurteilung des gedächtnisschwachen Zeugen v. Demwig wegen dringenden Verdachts der Mittäterschaft auszusprechen; das Gericht selbst beschließt, einen feisten österrischen Großadmiral und einen sich dummsprechenden Rapp-Leutnant aus dem gleichen Motiv nicht zu verurteilen — bei Ludendorff wird die Frage der Verurteilung überhaupt nicht berührt. Woraus das unkritische Publikum folgert: es kann also gegen Ludendorff auch nur ein Verdacht nicht vorliegen.

In Wirklichkeit liegt die Sache so: Reichsrichter und Reichsanwälte sind in der Anklage des Namens Ludendorff so befangen, daß sie jeden Gedanken an ein strafrechtl. Verurteilen ihres Idols von vornherein als ein „Negergebnis“ ablehnen. Es wäre falsch, zu sagen: sie wollen nicht hinsehen. Nein, sie können nicht hinsehen. Eine innere Macht zwingt sie, ihre Augen von den Dingen abzuwenden, deren Anblick ihr seelisches Gleichgewicht erschüttern würde.

Wir wissen ja, wie die Glorie gemacht wurde. Mit den „kleinen Geschichtslügen“, die Schiele seinem Freund Schnitzler in seinem Briefe vorhält: Dem Volk muß der Glaube an den unerschütterlichen Freundschaftsbund Hindenburg-Ludendorff erhalten bleiben, weil es solche Vorstellungen liebt. Deshalb lieber ein Kapitel aus Ludendorffs Buch unterdrücken, das Hindenburgs Feldherrnrühm schmälern könnte, als die Illusion vom „Freundschaftsbund“ antasten! — Und wie diese Illusion, so werden tausend andere gezüchtet. Einem Mann, der eine große, aber ganz einseitig strategische Begabung mitbringt, werden hundert Tugenden angeblendet, die er nie besessen hat. Medizinische Fakultäten ernennen ihn zum Dr. med., technische Hochschulen zum Dr.-Ing., seine stolpernde Geheuerrede auf politischem Boden werden von einer dienstbefehligen Presse als Musterleistungen gerühmt. Das ist ja schließlich nicht schwer in einem Volke, das sich dreißig Jahre lang hat einreden lassen, daß sein halbverrückter Kaiser eine geniale Persönlichkeit gewesen sei.

Wer mit Hilfe der Schiele-Schnitzlerschen „kleinen Geschichtslügen“ sich einen Ideal-Ludendorff zurechtgemindert hat, der kann den wirklichen Ludendorff nicht sehen. Der wirkliche Ludendorff aber stellt sich uns folgendermaßen dar:

Seine beständigen Berater in den Tagen seit der Revolution — zum Teil vorher — sind Oberst Bauer, Hauptmann Pabst und Dr. Schnitzler, drei Verschwörer naturgemäß, wie sie im Buch stehen. Diese drei Intimen Ludendorffs sind zurzeit alle drei als Haupturheber des Rapp-Unternehmens flüchtig. Es steht fest, daß sie seit Monaten und aber Monaten Staatsstreichpläne geschmiedet, zu Papier gebracht, geschäftig vorbereitet haben. Ludendorff aber soll das Treiben seiner Getreuen fremd geblieben sein?

Besonders frappant ist die Intimität zwischen Ludendorff und Hauptmann Pabst, der uns durch die Geschichte der Gardebrigadendivision seit Januar 1919 als kaltblütiger politischer Intrigant entgegentritt. Pabst gründete für seine Zwecke die „Nationale Vereinigung“, deren Bureau im Hause des Angeklagten Schiele eingerichtet wird (purer Zufall natürlich!). In diesem Bureau wird aber auch (wieder purer Zufall!) die gesamte Korrespondenz Ludendorffs durch Hauptmann Pabst erledigt, weil Herr Ludendorff, der arme Willenbesitzer, sich einen Sekretär nicht halten kann!

Auch mit Rapp ist Ludendorff seit langem bekannt, er hat mit ihm oft und eingehend konferiert, sogar Rapp zu diesem Zwecke in seiner Wohnung aufgesucht. Man könnte als harmloser Zuschauer eine neue Seltsamkeit des Zufalles darin sehen, daß Ludendorff mit fast jedem einzuzeichnen Hauptbeteiligten des Staatsstreichs bestens bekannt war und in politischem Gedankenaustausch gekauften hat.

Anfang 1920 wird im Hause Victoriastraße 20, dem Berliner Bureau Kapps, feierhaft beraten. Kapp legt den Termin zum Vorschlag auf Anfang März fest. Das Geheimnis bleibt nicht gewahrt, andere erfahren davon. Und nun füllt sich — in einem uns erhalten gebliebenen Brief — ein Teilnehmer der Beratungen, Herr v. Dewitz, veranlaßt, Ludendorff eindringlich zu warnen, daß er sich nicht dem Zugriff der Polizei aussetzen, daß er mehr hinter den Kulissen wirken möchte. Dort könne er der gemeinsamen Sache ebenso nützen. Warum die Warnung vor der Polizei? Unschuldige bedürfen keiner Warnung.

Indizien, wird man bis hierher sagen, schwere Indizien, doch noch keine durchschlagenden Beweise. Aber die kommen jetzt. Am Tage des Vorschlags, am 13. März, waren alle Verschworenen auf 6 Uhr aus Brandenburger Tor bestellt. „Auf Tod und Leben“, wie es hieß. Pünktlich finden sich alle zur ungewohnten frühen Stunde ein. Kapp ist da, Jagow ist da, Gallenhausen ist da, Bang ist da — und auch Ludendorff ist da! Warum war man zusammengekommen? Um sofort beim Einmarsch der Brigade Ehrhardt die Regierung zu übernehmen. Wem will Ludendorff weismachen, daß er aus einem anderen Motiv dagewesen sei? Das Reichsgericht hat nicht den Mut aufgebracht, gegen Ludendorffs lächerliche, schuldungsartige Ausreden zu protestieren. Wer unter Einfluß von „kleinen Geschichtslügen“ denken kann, für den ist das Erscheinen Ludendorffs zum Appell der Verschwörer eindeutig.

Nach seiner eigenen Aussage hat Ludendorff an fast allen Jogenannten „Kabinettsitzungen“ unter Kapp teilgenommen. Obwohl ihn das grenzenlose Durcheinander, das geschäftige Treiben der Stellenjäger so sehr anwiderte, daß er bekannte, „selbst etwas so Unschönes gesehen zu haben“, hat Ludendorff doch bis Schluß durchgehalten. Eine rührende Anhänglichkeit! Aber auch eine glatte Unterstützung des Hochverrats. Mag der Rat, den Ludendorff erteilte, als solcher für die Kappisten wertlos gewesen sein — die Tatsache, daß Ludendorff zu Kapp hielt und ihn mit seiner Person unterstützte, mußte für das Gelingen des Unternehmens als bedeutender Faktor erscheinen. Die Unterstützung des Unternehmens durch Ludendorff war geeignet, sowohl die eigenen Anhänger Kapps zu ermutigen, wie große Teile des Bürgertums, für die der Name Ludendorff alles bedeutete, auf Kapps Seite zu ziehen.

Und als am 17. März Ludendorff, das Scheitern der Sache erkennend, sich durch Rückzug decken will, da schießt ihm einer der Verschworenen einen fliegenden Brief: „Ezzenz haben die Pläne gekannt und gebilligt. Euer Ezzenz dürfen uns jetzt nicht im Stich lassen.“ Aber der Held der blauen Brille verließ zum zweitenmal seine Sache, die unter seiner Führung zusammengebrochen war.

Fassen wir zusammen: Ständig umgeben von den drei Hauptkappisten Bauer, Rabß und Schnitzler, in dauernder Fühlung mit Kapp selber, u. a. in seiner Korrespondenz bedient durch die Nationale Vereinigung, noch vor dem Vorschlag gewarnt durch Herrn v. Dewitz, am 13. März morgens pünktlich am Brandenburger Tor, in allen Kabinettsitzungen zugegen, zum Schluß als ein von Anfang an Eingeweihter zum Ausscharen beschworen — und noch immer ein Hochverräter?

Rein, so klar und laut als möglich muß es ausgesprochen werden: der Generalquartiermeister a. D. Erich Ludendorff ist des vollendeten Hochverrats überführt und schuldig.

Deutscher Reichstag.

Am Mittwoch übermies der Reichstag die Gesetzentwürfe über die große Erhöhung der Postgebühren, der Telegraphengebühren und der Postgebühren debattiert dem Ausschuss. — Dasselbe geschah mit dem Gesetzentwurf, der eine Erhöhung der Kohlensteuer bis auf 40 Proz. herabsetzt. Eine wüste und dabei inhaltslose Agitationsrede des Kommunisten Koene hörte das Haus ohne Gegenrede an. Eine kurze Debatte gab es bei der Beratung des Gesetzentwurfes über die Aenderung des Tabaksteuergesetzes. Unser Genosse Niedmüller hatte jüngst im Steueraussschuß beantragt, daß der Tabakoll auf 25 Proz. seiner bisherigen Höhe, also von 130 Mk. auf 32,50 Mk. herabgesetzt werden soll. Die Regierungsvorlage will nur eine Herabsetzung des Zolls auf 60 Mk. Wenn unsere Fraktion für die weiteren Antrag noch lange nicht entsprechende Regierungsvorlage eintritt, so deshalb, weil insolge der Haltung des Reichstages die Ermäßigung des Tabakoll überhaup nicht gefährdet ist. Die Vorlage wird im Ausschuss fortberaten. — Das kleine Gesetz über die Wahlen nach der Reichsverfassungsordnung wurde in allen drei Lesungen verabschiedet. — Der Gesetzentwurf über die Aenderung des Einkommensteuergesetzes wurde offiziell an den Steueraussschuß überwiesen, der den Gesetzentwurf aber schon Mittwoch vormittag zu beraten angefangen hatte (wir verweisen auf den Kommissionsbericht). — Von allen Parteien des Hauses gemeinsam eingebracht ist ein Gesetzentwurf, der die Verleserungspflicht in der Krankenversicherung der Geldbewertung anpaßt. Er wurde nach kurzer Aussprache dem Ausschuss überwiesen.

Bei der Fortsetzung der Besprechung der Interpellation, betr. die Fortschritt in der Pfalz, sprachen noch der Deutschnationale Berndt, der Demokrat Korell, der Unabhängige Meriel und der Kommunist Fries. Das Haus, das nur sehr schwach besetzt war, weil die meisten Abgeordneten in den Verhandlungen mit Beamtenvertretungen über das Ortsklassengesetz zu verhandeln hatten, hörte die Reden aufmerksam an. Die einzelnen Redner behandelten die französischen Vorgänge in den besetzten Gebieten je nach dem Parteistandpunkt verschiedenartig, alle aber waren einmütig in der Zurückweisung französischer Annexions- und Protektionsansprüche. Auch der Kommunist will von solchen französischen Plänen nichts wissen. Er beteuert, daß keine Parteileitung im besetzten Gebiet mit französischen Militärs oder Oberland-Politikern keine Verbindung unterhalte. Für zweifelhaftes Elemente, die sich meistens in die kommunistische Partei eingeschlichen hätten, sei keine Partei nicht verantwortlich zu machen. Die Rede wurde wirkungsvoll ergänzt, wenn die kommunistische Presse im besetzten Gebiet sich nicht nur auf die Gehe gegen die deutsche Reichswehr und die deutsche Säpne beschränkte, sondern auch über die Gefahren von Wäpfa her mehr Aufklärung verbreitete.

In einer persönlichen Bemerkung stellte Gen. Hoffmann fest, daß er nicht die kommunistische Partei verdächtigt hat, aber bestimmt ist, daß einzelne Führer der Kommunisten in Sympathie mit den Franzosen in Verbindung gestanden hätten. Die Kommunisten kämigen in dieser Hinsicht.

Ein heftiger Auseinandersetzung entpann sich über die Tagesordnung der Donnerstag-Sitzung. Die Demokraten wollten ihren Antrag auf Einführung eines nationalen Traktiertages am Donnerstag auf die Tagesordnung bringen. Nach einem wüsten Gezänk mit den Kommunisten, die sich wieder einmal in Redenverweigerung gefielen, wurde mit großer Mehrheit abgestimmt, den Antrag wegen einig die Tagesordnung zu setzen. Unab-

hängige, Kommunisten und Deutschnationale wollten dann den Antrag auf Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. August d. J. an bevorzugte Stelle auf die Tagesordnung bringen. Genosse Hermann Müller widersprach dem, da der Antrag auch so am Donnerstag erledigt werden könne, wenn die Fraktionen im Reden Disziplin hielten. Es bleibt demnach bei der Tagesordnung.

Die Abstimmung in Oedenburg.

Oedenburg, 16. Dezember.

Die Abstimmungskomödie ging in Oedenburg äußerlich ruhig vor sich. Die Teilnahme war verhältnismäßig schwach, da viele Deutsche Stimmenthaltung übten. Andere Deutsche allerdings fürchten kein Richtersehen von den ungarischen Banden als österreichfreundschaftlich hingestellt zu werden und gingen daher zu den Abstimmungslosfallen, die von ungarischen Gendarmen und ungarischen Bandenmitgliedern förmlich umlagert waren. Am den Schein zu wahren, haben nach der Abberufung der österreichischen Kommissare auch die ungarischen formell am Wahlakt nicht teilgenommen. Die Entgegennahme der Stimmen geschah also nur durch Entschlossene. Am 16. Dezember wird sich die gleiche Komödie in den Landgemeinden des Abstimmungsgebietes wiederholen. Da nach den gefälschten ungarischen Listen abgestimmt wurde und sich außerdem ein Teil der Deutschen der Stimmabgabe enthielt, ist eine Mehrheit für Ungarn, wenigstens in Oedenburg, so gut wie sicher. Das Ergebnis dieser Abstimmung ist aber völlig gleichgültig, da es von Oesterreich nicht anerkannt werden wird und da auch schon begründete Zweifel darüber vorliegen, ob die Reichsregierung die Abstimmung als entscheidend für die Zugehörigkeit Oedenburgs ansehen wird.

Wien, 15. Dezember.

Von 18700 Abstimmungsberechtigten sind 13000 erschienen. Das Ergebnis der Abstimmung wird erst morgen bekannt gegeben werden.

Eröffnung des britischen Parlaments.

London, 15. Dezember.

Das britische Parlament ist gestern mit ungewöhnlich eindrucksvollem militärischen Pomp eröffnet worden. Die Thronrede, mit der der König das Parlament eröffnete, war nur sehr kurz. Nach Angabe des Zwecks, zu dem das Parlament einberufen worden war, besagt sie, daß in dieser Sitzungsperiode kein anderes Gesetz eingebracht werden würde. Mit herzlicher Freude erfuhr ich, so lautet die Thronrede weiter, daß nach monatelangen Verhandlungen, die nicht nur das Wohlgehen Irlands, sondern auch das der britischen und der irischen Rasse in der ganzen Welt in Mitleidenschaft zog, ein Abkommen erreicht sei. Ich hoffe, daß der Jahrhunderte alte Streit durch das vorläufige Abkommen beendet sein wird und das Irland als freies Glied im Gemeinwesen der Nationen, die das Britische Reich bilden, sich die Erfüllung seiner nationalen Ideale sichern wird.

Es besteht kaum ein Zweifel, daß das Parlament heute den irischen Zollvertrag annehmen wird.

Eine Drohnote Tschischerins an die alliierten Mächte.

Washington, 15. Dezember.

Tschischerin hat an die alliierten Mächte eine sehr scharfe Drohnote gerichtet, in der er energisch dagegen protestiert, daß die Frage der ostindischen Eisenbahnen von der Washingtoner Konferenz diskutiert werde. Die Note erklärt, daß diese Angelegenheit einzig und allein eine russisch-chinesische Angelegenheit sei. Rußland werde niemals eine Lösung annehmen, die von den Mächten getroffen wurde, die in China nur kapitalistisch-imperialistische Tendenzen verfolgen und die in China nichts zu suchen hätten.

Aenderung der Lohnsteuer.

Berlin, 14. Dezember.

Der 11. Ausschuss des Reichstages stellte die Weiterberatung des Körperschaftsteuergesetzes am Mittwoch zurück und begann mit der Beratung eines vom Zentrum eingebrachten Antrages auf Aenderung des Einkommensteuergesetzes, da man Befürchtungen hegte, ohne die sofortige Beratung den Antrag bis zu Weihnachten nicht verabschieden zu können.

Der Antrag bezweckt hauptsächlich die Sinaufhebung der Einkommensgrenze von 24000 Mark, wobei eine Veranlagung für Lohn- und Gehaltsempfänger in Regalfall kommt, auf 40000 Mark. Der Steuerfuß von 10 Proz. soll entsprechend der Erhöhung gleichfalls ausgedehnt werden. Ferner ist vorgesehen, daß der Steuerfuß mit Rücksicht auf die Geldentwertung Anwendung findet und so der Steuerfuß von 60 Proz., der bisher bei einem Einkommen von 400000 Mark in Frage kam, erst bei einem Einkommen von 3 Millionen Mark erreicht wird. Außerdem steht der Antrag eine Erhöhung der steuerfreien Beiträge des Einkommens bzw. der Werbungskosten vor.

Die Vertreter aller Parteien erkannten an, daß die Einkommensteuer der Geldentwertung angepaßt werden muß. Genosse Reil erklärte sich mit der Tendenz des Antrages einverstanden, machte aber gleichzeitig darauf aufmerksam, daß dem Bestreben, bei dieser Gelegenheit die großen Einkommen zu entlasten, mit allem Nachdruck entgegengetreten werden muß. Bei den vorzunehmenden Veränderungen müßten deshalb nach oben Verschärfungen vorgenommen werden. Gesetze das nicht, so werde die Sozialdemokratie verlangen, daß bei den Lohn- und Gehaltsempfängern der Steuerfuß von 10 Proz. ganz erheblich herabgesetzt wird. Entsprechende Anträge wurden von unseren Genossen bereits im Ausschuss gestellt. Die Unabhängigen unterführten die Anpassung der Sozialdemokratie, erkannten die Notwendigkeit der Aenderung des Gesetzes an, hielten aber die Fassung des Zentrumsantrages für unannehmbar. — Die Aussprache wurde auf Donnerstag vertagt.

Aenderungen des Regierungsentwurfes für die Unfallrentner.

Berlin, 14. Dezember.

Im Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten erklärte der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, daß der Vorschlag, als neue Zulage für die Unfallrentner die jetzigen Zulagen zu verdoppeln und arbeitsfähigbar erscheinen. Dagegen sollte versucht werden, eine Verständigung auf Grund der sozialdemokratischen Aenderungsanträge zu dem Regierungsentwurf herbeizuführen. Mit diesem Versuch

wurde ein Unterausschuß betraut, der schließlich folgendes vorschlug: Der Nachweis der Bedürftigkeit wird im Allgemeinen beseitigt. Demnach sollen die Renten auf den Betrag erhöht werden, der sich ergibt, wenn ihrer Berechnung ein Jahresarbeitsverdienst von 12000 Mark in der gewerblichen Unfall-Versicherung und ein Jahresarbeitsverdienst von 8100 Mark in der landwirtschaftlichen Unfall-Versicherung zugrunde gelegt wird. Leider blieb das Arbeitsministerium dabei, daß diese Zulagen nur an solche Rentner gezahlt werden, die 50 vom Hundert der Vollrente und mehr erhalten. Für Jugendliche unter 16 Jahren werden nur 60 v. H. jenes Arbeitsverdienstes, für solche über 16 Jahre aber unter 21 Jahren werden 80 v. H. jenes Arbeitsverdienstes zu Grunde gelegt. Dagegen ist eine ungünstigere Berechnung für weibliche Versicherte abgelehnt worden. — Die Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften sollen jedoch berechtigt sein, zu beschließen, den landwirtschaftlichen Unternehmern werdem keine Zulagen gewährt, wenn Tatsachen die Ausnahme rechtfertigen, daß sie nicht benötigt werden. Zur Auszahlung der Zulagen im 1. Jahre gewährt das Reich den Berufsgenossenschaften ein Darlehen. Der Ausschuss stimmte diesen Vorschlägen zu.

Beratungen des Reichskanzlers mit der Reuenerkommission.

Berlin, 15. Dezember.

Das „Berl. Tagebl.“ berichtet: Außer den vertraulichen Reuenerbesprechungen fand gestern im Reichstag eine Sitzung des Reichskanzlers mit der zur Unterstutzung des Reichsarbeiters gebildeten Reuenerkommission statt. Neben Dr. Rathenau, noch — wie das Gerücht ging — Hugo Stinnes, der sich ebenfalls im Reichstag aufhielt, nahmen an dieser Beratung teil. Auch diese Sitzung, in der der Rathenausche Bericht an den Reichskanzler nochmals besprochen wurde, war vertraulich. Heute wird sich die Reichsregierung wahrscheinlich in einer Kabinettsitzung erneut mit dem Reparationsproblem beschäftigen. Auch dürfte der Reichskanzler im Laufe des heutigen Tages die Parteiführer zusammenberufen.

Die Reichsregierung wird aller Wahrscheinlichkeit auch schon in den nächsten Tagen eine amtliche Mitteilung über die Reparationsfrage im Allgemeinen, sowie über die im Januar und Februar fälligen Reparationszahlungen im besonderen veröffentlichen. Im Zusammenhang damit dürfte auch eine Bekanntgabe des Schriftwechsels zwischen der Reichsregierung und der Bank von England erfolgen.

Was Rathenaus Londoner Ergebnis betrifft, so verlautet, daß man sich in London bereits mit den Arbeiten für einen bestimmten Zahlungsplan beschäftigt. Die Mitteilung, der zufolge es Dr. Rathenau gelungen sei, die englische Regierung von der Unhaltbarkeit der 20prozentigen Ausfuhrabgabe zu überzeugen, beruht auf Kombinationen.

Zur Auszahlung der Teuerungszuschläge.

In Ergänzung unserer Mitteilungen über die Auszahlung der Teuerungszuschläge für Beamte sei noch bemerkt: Es erhalten alle Beamten Nachzahlungen auf die Ortsklasseneinteilung, soweit sie in Orten wohnen, die gehoben worden sind. Das trifft nicht nur für die Ortsklasse C, sondern für alle unter A stehenden Orte zu, d. h. soweit die Orte nicht in ihren früheren Kreisen geblieben und verschoben worden sind, haben sie Nachzahlungen zu erwarten. Auch Orte, die in die Ortsklasse A gehoben worden sind, sind zu verzeichnen. Es fallen nur die Orte aus, die nicht gehoben worden sind.

Da die kurze Notiz über die Stellungnahme der Sozialdemokratie zum Ortsklassengesetz mißverstanden werden konnte, sei ergänzend bemerkt, daß unsere Reichstagsfraktion eine Erledigung dieses Gesetzes so verlangt, daß unter allen Umständen die Beamten der höher gestuften Orte nach vor Weihnachten in den Genuß der erhöhten Bezüge gelangen. Im 23. Ausschuss soll eine Uebereinkunft aller Parteien dahin zu erzielen versucht werden, daß ein Reichstagsausschuß sofort nach Verabschiedung dieses Notgesetzes die Nachprüfung der zahlreich vorhandenen Ungerechtigkeiten vornimmt.

Vertreter deutscher Gewerkschaften reisen nach Petersburg.

Berlin, 15. Dezember.

Die von der Presse verbreitete Nachricht, daß Vertreter der deutschen Gewerkschaften zur Besprechung über den Wiederaufbau Rußlands nach Petersburg reisen werden, wird von zuständigen Stellen bestätigt. Wie verlautet, werden bereits in den nächsten Tagen deutsche Gewerkschaftsvertreter die Reise nach Petersburg antreten. —

Unsichere Haltung des Devisenmarktes.

An der heutigen Berliner Börse zeigte der Dollar mit 170 ein und hielt sich im weiteren Verlauf zwischen 178 und 180. Die Hoffnung der Spekulation, daß die gestrige Haufe eine Fortsetzung finden würde, hat sich also nicht erfüllt. Man ist hinsichtlich der Ergebnisse der Reise Rathenaus an der Börse gegenwärtig etwas optimistischer gestimmt. Im Effektenmarkt trat im Vergleich zur letzten Vollbörse eine leichte Erholung ein. Die Kurse stiegen fast durchweg um 50 bis 100 Proz.

Zum Körperschaftsteuergesetz.

Berlin, 15. Dezember.

Der elfte Ausschuss des Reichstages beschäftigte sich am Dienstag mit dem Entwurf zur Aenderung des Körperschaftsteuergesetzes. Die Regierungsvorlage besteuert die juristischen Personen des öffentlichen und bürgerlichen Rechts, also die Aktiengesellschaften, Kommandit-Gesellschaften usw. mit 30 Prozent ihres Einkommens und zieht weiterhin die Besteuerung der Anteile am Gewinn vor. Bisher wurde eine 10prozentige Körperschaftsteuer erhoben, wozu noch ein Zuschlag bis zu 10 Prozent aus den Gewinnanteilen kam.

In der allgemeinen Aussprache verhielten sich die Vertreter aller bürgerlichen Parteien ablehnend, weil der Steuerfuß zu hoch sei. Der Abg. Helfferich schlug vor, eine Abstufung dahingehend vorzunehmen, daß ein Steuerfuß von 10 Prozent bei einer Gewinnausschüttung bis 300000 Mark, von 15 Prozent bei über 500000 Mark bis 1 Million von 20 Prozent bei über einer Million erhoben werden soll. Der Regierungsvertreter Staatssekretär Japf wandte sich gegen eine Ermäßigung der Steuerfüße und gegen eine Abstufung. Auch die Vertreter unserer Partei und der Unabhängigen wandten sich gegen das Ansuchen der bürgerlichen Parteien. Die Abstimmung über diesbezügliche Anträge wurde ausgesetzt.

Ein Antrag der Deutschen Volkspartei will die gewerblichen Betriebe des Reiches, der Länder und Gemeinden in

die Steuer einbezogen. Hiergegen wandten sich unsere Genossen wie die Unabhängigen; auch die Vertreter der preussischen wie der bayerischen Regierung widersprachen. Der Antrag wurde dann abgelehnt. Angenommen wurde dagegen ein Antrag der Deutschen Volkspartei, nach der Steuerfreiheit für Bankunternehmungen, die von Gemeinden und Gemeindeverbänden betrieben werden, nur dann gewährt wird, wenn sie sich auf den eigentlichen Spartaßbetrieb beschränken.

Ehrender Haß.

Der Jagow-Prozess in Leipzig hat neben anderen Wirkungen auch die gehabt, die Rolle Gustav Noskes wesentlich anders erscheinen zu lassen, als man sie früher sah. Daher ist denn die Rechtspreffe auch einmal voll gütiger Wut gegen den Mann, den sie einst im Gegensatz zu den anderen bösen Sozialdemokraten freudig lobte. Die „Deutsche Tageszeitung“ findet, daß Noske durch seine Leipziger Aussage den schmückenden Beinamen Bluthund nachträglich gerechtfertigt habe. Seine durch den Verrat der Generale von Obershausen vermittelte Abfuhr der Ehrhardt-Brigade zusammenzuführen zu lassen, nennt die „Deutsche Tageszeitung“ unerhört freivol. In der Bezeichnung der Kapp-Genossen als Rebellen erblickt sie gänzliche psychologische Verständnislosigkeit, überhebliches Machtbewußtsein und moralischen Hochmut. Zusammenfassend glaubt sie feststellen zu können, daß Noske seinem Ruf als Reichswehrminister einen sterblichen Stoß versetzt habe.

Dieser Haß der Reaktion kann Noske nur ehren und ihn von dem Verdacht befreien, daß er sich einseitig auf den Kampf gegen die Spartaßisten eingestellt hatte. Er war in der Tat der ständige Verteidiger der Republik, die in ihrem Schwächezustand damals gegen jeden Angriff nur durch sehr drastische Mittel verteidigt werden konnte. Wir möchten wünschen, daß die Rechtspreffe noch weiter ebenso wild gegen Noske toben — um so eher wird seine Rückkehr auf die politische Vorderbühne möglich sein.

Ein großes Beispiel.

Die Engländer werden Lloyd George als ihren größten Staatsmann feiern, denn es ist ihm gelungen, was so viele seiner Vorgänger vergebens versucht haben: die Ausöhnung Irlands mit England, die freiwillige Einverleibung Irlands in das Britische Reich. Seit mehr als 750 Jahren gehört Irland nominell zu England, noch nie aber ist es England gelungen, von den Iren mehr als ein gezwungenes Sicheinjügen zu erreichen. Ein derartiger Zustand ist möglich in einem autokratischen Staate, weil da eben niemand gefragt wird, ob er sich zu dem Lande, dem er angehört, bekennt. Solange es in einem Staate nur Untertanen gibt, entscheidet die Gewalt allein. Anders ist es in einem demokratischen Staate. Da bestimmen die Bürger, was sie wollen oder nicht wollen. Und die Iren wollten nun einmal keine Engländer sein.

Aber England konnte auch nicht ein unbedingt unabhängiges Irland dulden. Nicht so sehr wegen der Vermindeung seiner Macht, die sich aus einer solchen Bestrennung ergeben würde. Die nur durch Zwang aufrechterhaltene Ausdehnung eines Staates ist die größte Schwäche. Oesterreich-Ungarn ist nicht zusammengebrochen infolge der militärischen Niederlage, sondern weil die Völker, die es bewohnten, auseinanderstrebten. Die Alliierten hätten die Aufteilung der Donaumonarchie gar nicht vornehmen können, wenn diese auseinanderstrebenden Tendenzen nicht bestanden hätten. Wären die Staatsmänner der ehemaligen Donaumonarchie so klug gewesen wie die englischen, dann würde wahrscheinlich an Stelle von fünf Kleinstaaten, die einander mißtrauend, in sich selbst nicht gefestigt sind, ein Staatenbund der Donauvölker bestehen.

Bevor England sich zu jener klugen Politik durchgerungen hatte, die auf die Unterwerfung verzichtet, weil die Interessengemeinschaft, eine freiwillige Angliederung, allen Teilen gereicht wird, hat es auch die Methode der starken Faust versucht. Im 12., 13. und 14. Jahrhundert und noch später hat es zunächst die Methoden der gewalttätigen Kolonisierung versucht, die die bornierte preussische Junkerkaste in Posen und Westpreußen noch im 20. Jahrhundert anwendete. Durch jene Kolonisierung besonders Nordirlands wurde jedoch nur erreicht, daß sich in Irland der Bürgerkrieg in Permanenz auftrat, um daß die schließlich Ausöhnung Irlands mit England sich als eine sichere Unmöglichkeit erwies. Denn die protestantischen Engländer, die sich im sogenannten Ulster, dem nördlichen Teile Irlands, dessen Hauptstadt Belfast ist, festgesetzt hatten und schließlich, durch die gewalttätige Vertreibung der Iren, dort dominierten, waren das größte Hindernis für die irisch-englische Ausöhnung. Sie sind so ziemlich die reaktionärsten Elemente des Landes. Sie haben für die Iren nur Verachtung und Spott übrig. Dazu kam der religiöse Gegensatz. Die Iren hielten — vielleicht mehr aus Oppositionsgefühl gegen England — am katholischen Glauben fest. Für den Engländer, und nun gar für den nach Irland eingewanderten, ist aber ein „römischer Katholik“ gleichbedeutend mit einem moralisch minderwertigen Menschen.

Es ist durchaus begreiflich, daß man in England selbst stets geneigt war, die englischen Kolonisten Irlands als Pioniere des Britischen Reiches zu begünstigen. Und deshalb wollte man auch nichts davon wissen, durch Verleihung der Selbständigkeit an Irland die englisch-protestantische Minderheit der irisch-katholischen Mehrheit auszuliefern. Hätten wir, wenn uns der Weltkrieg die östlichen Provinzen nicht genommen hätte, uns dazu verstehen können, Posen und Westpreußen die völlige Autonomie zu geben?

In Wirklichkeit war es jene Durchsägung mit englischen Kolonisten, die erst für England die irische Gefahr schuf. Denn schließlich sind die Interessen der Irländer ebenso eng mit England verknüpft, wie die der polnischen Oberklasse mit Deutschland. Und ohne jene englische Minderheit würde England wohl schon vor 40 Jahren den Irländern die volle staatliche Autonomie zurückgegeben haben, im Vertrauen auf die Stärke der Interessengemeinschaft, die Irland zum treuesten Verbündeten Englands und zum sichersten Mitgliede des Britischen Weltreiches gemacht haben würde.

Nun ist es dem außerordentlichen Geschick Lloyd Georges gelungen, einen Ausgleich zwischen den widerstreitenden Elementen zu finden. Der katholisch-irische Teil der „grünen Insel“ wird ein unabhängiger Staat innerhalb des Britischen Weltreiches. Nordirland kann, wenn es will, sich ihm später anschließen. Dies ist ein großes Beispiel politischer Klugheit, von dem wir auch lernen sollten.

Zurückgenommene Verleumdung.

Der Schriftleiter der „Deutschen Volkswirtschaftlichen Korrespondenz“ stellte über die Genossen Scheidemann und Wissell Behauptungen auf, die geeignet waren, das Ansehen unserer Genossen in ehrfurchtbarer Weise zu verlegen. Unsere Genossen Scheidemann und Wissell strengen eine Beleidigungsklage an, und in der Verhandlung vor der 9. Strafkammer des Landgerichts kam es zu einem Vergleich auf der Grundlage, daß die nachfolgende Erklärung in der „Deutschen Volkswirtschaftlichen Korrespondenz“ wie im „Vorwärts“ zu veröffentlichen sei. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

In eigener Sache.

Ich habe mich auf Grund der stattgehabten Verhandlungen davon überzeugt, daß die in Nr. 2 der „Deutschen Volkswirtschaftlichen Korrespondenz“ vom 6. Januar 1920 aufgestellten Behauptungen:

die Herren Scheidemann und Wissell hätten sich für die angebliche Erteilung eines Einfuhr- oder Durchfuhrscheines an Georg Marx über den Betrag von 50 — fünfzig — Millionen Mark, oder überhaupt für die Erteilung von Einfuhrscheinen aus eigenem Willen interessiert oder sich für die Erteilung solcher Scheine Vorteile versprochen oder gewähren lassen.

jeder tatsächlichen Unterlage entbehren, und nehme sie mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

Dr. Diekmann, Schriftleiter der „D. V. K.“

Hoffentlich dient diese öffentliche Anprangerung dazu, um den zu Verleumdungen stets gern bereitenden deutschnationalen Mauthelden ein ernstes Warnungssignal zu erteilen.

Deutschlands Mitarbeit am Wiederaufbau der Weltwirtschaft.

Im Reparationsauschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates, der über die Errichtung einer Kreditvereinigung der deutschen Gemerbe beriet, ergrieff am Dienstag der Reichstanzler Dr. Birk das Wort, um in vertraulichen Ausführungen einen Vorschlag über die gesamte politische Lage zu geben. Seine Darlegungen gipfelten in dem Hinweis, daß die wirtschaftliche Lage Deutschlands in ihrer Verflechtung mit der Weltwirtschaft nunmehr zum Gegenstand öffentlicher internationaler Diskussionen geworden sei. Es sei nunmehr von Bedeutung, daß diese Erörterungen fortgesetzt und vertieft würden. Was Deutschland betrifft, so müsse es sich zur Mitarbeit an diesen Problemen bereit halten. Der Hakenburgische Gesandtenrat biete anscheinend eine geeignete Grundlage, um die deutsche Wirtschaft zur positiven Mitarbeit in der Lösung dieser deutschen Lebensfrage zu befähigen. Die Ausführungen des Reichstanzlers fanden lebhaften Beifall. Sodann trat der Auschuß in die sachliche Beratung der Vorlage ein.

Die Sitzung des Reparationsauschusses war kurz nach 1 Uhr zu Ende, ohne daß Dr. Rathenau selbst über das Ergebnis seiner Londoner Besprechungen Bericht erstattet hätte.

Sozialismus und Christentum.

Immer wieder tauchen sowohl in der sozialistischen wie in der bürgerlichen Presse Artikel auf, die sich mit der Frage des Verhältnisses zwischen Sozialismus und Religion, Sozialdemokratie und Kirche, Sozialismus und Christentum befassen. Das ist sehr natürlich und begreiflich — denn seit dem Ausgang des Weltkrieges geht eine religiöse Welle über die Erde. Das große Wort der Quäker und tausend anderer Organisationen und Bewegungen, die der drückendsten Not helfen wollen, stehen auf religiösem Untergrund. Was nun die Diskussion der Parteipresse über das Verhältnis zwischen Politik und Religion, zwischen Sozialismus und Christentum betrifft, so sind die Erörterungen oft nicht frei von Mißsichten und Urteilen, die eigentlich überlebt und durch die geschichtliche Entwicklung bereits abgefallen sind. Da die Weihnachtzeit höchst wahrscheinlich die Erörterung über die genannten Probleme neu beleben wird, wollen wir für die Diskussion auf die Ausführungen des Genossen Konrad Haenisch über das Verhältnis zwischen Sozialismus und Christentum hinweisen. Haenisch schließt sein soeben im Buchverlag „Vorwärts“ erschienenenes neues Büchlein, betitelt „Neue Bahnen der Kulturpolitik“ mit einem recht interessanten Kapitel, in dem er sich über das grundsätzliche Verhältnis zwischen Christentum und Sozialismus ausspricht. Genosse Haenisch schreibt da u. a.:

„Gewiß hat auch das Christentum von heute noch keineswegs alle Spuren seiner Entstehung zu überwinden vermocht, es steht auch heute noch ein gutes Stück Weltalterwandtheit und Lebensverneinung im ihm, während der Sozialismus seinem innersten Wesen nach fröhlich und tatkräftige Bejahung des Diesseits bedeutet. Aber auch das Christentum ist dem großen Gesetz der Entwicklung unterworfen und Erfahrungstatsachen wie die bloße Existenz der christlichen Gewerkschaften, die auch ihrerseits entschlossen den Kampf um ein besseres Diesseits aufgenommen haben, scheinen mir in Verbindung mit gewissen anderen Beobachtungen darauf hinzuweisen, daß der rein weltflüchtige, lebensverneinende Charakter des Christentums allmählich zu verfliegen und anderen weltlichen Grundstimmungen Platz zu machen beginnt. Und von dem, was Sozialismus und Christentum bis zu einem gewissen Grade zu einigen vermag, nicht von dem, was sie trennt, möchte ich hier vornehmlich reden.“

Auch der Sozialist erkennt gern an, daß wir es im Christentum zu tun haben mit einer gewaltigen weltgeschichtlichen Erscheinung, vielleicht der gewaltigsten, die wir bisher überhaupt kennen, einer Erscheinung, davon die ganze Luft in uns und um uns erfüllt ist, deren Einflüsse sich schlechterdings niemand entziehen kann, ob er will oder nicht, ob er diese unsere tausendfältige Abhängigkeit vom Christentum nun erkennt und anerkennt oder aber es nicht tut — auch ein Adolf Hoffmann ist in seinem ganzen Denken und Fühlen vielmehr vom Christentum abhängig als er selbst es ahnt. Trotz alledem: wir sehen auch im Christentum nur eine historische Erscheinung, aus der Zeit geboren, wie alle Dinge zwischen Himmel und Erde, dem Gesetz des ewigen Wandels und Beschleiss unterworfen und wie sie, dazu bestimmt, in der Zeit schließlich auch wieder unterzugehen. Dem Hinausstreben des Christentums über alle Begriffe von Zeit und Raum vermögen wir nicht zu folgen. Auch der Sozialismus selbst ist uns in diesem Sinne

keine absolute, sondern nur eine auch unter das große von ihm selbst aufgestellte Gesetz der geschichtlichen Entwicklung fallende historische Kategorie. Auch er ist für uns nicht die eine endgültige und ewige Wahrheit, sondern nur die gegebene Antwort der Zeit auf die großen wirtschaftlichen und sozialen Fragen, die das 19. Jahrhundert mit seiner riesenhaften industriellen Entwicklung nicht etwa gleich für die ganze Welt, sondern vorzugsweise nur für den großen europäisch-amerikanischen Kulturkreis aufgeworfen und die das 20. Jahrhundert klar formuliert hat. Aber neue Zeiten werden kommen mit ganz neuen Fragestellungen für die einst auch die sozialistische Antwort nicht mehr genügen wird. Und die kommenden Geschlechter werden vor der Aufgabe stehen, neuen Problemen neue Lösungen zu suchen. Der Stein der Weisen, der alle Fragen für immer beantwortet, gibt es nicht. . . . Aber diese grundlegende Verschiedenheit in der historischen Perspektive aus der Christen und Sozialisten diese Dinge ansehen, braucht uns nicht daran zu hindern, anzuerkennen, daß das Christentum in seiner ethischen Gesamteinstellung viele dem Sozialismus durchaus wesensverwandte Züge aufweist.“

Genosse Haenisch weist auf den internationalen völkerverbindlichen Gedanken hin, den das Christentum zuerst verkündete. Ein unermeßlicher Fortschritt gegenüber dem Stammesgöttertum der antiken Welt. Während die christliche Kirche vor allem in Preußen in Nationalismus verfallen und zum besondern preussischen Nationalgott zurückkehrt, bleibt der völkerverbindliche Gedanke in der katholischen Kirche lebendig. Neben diesem Gedanken die allgemeine Nächstenliebe, die Gleichheit alles dessen, was Menschenantisch ist. Freilich zwei Jahrtausende nur Theorie, erst jetzt in der Zeit des Sozialismus die Fleischwerdung des Wortes, die Verwirklichung der Lehre. Die Kriegskatastrophe rüttelte die Gewissen vieler Christen wach. Auf dem Felde der praktischen Ethik Berührung zwischen Sozialismus und Christentum. Weggemeinschaft ein gutes Stück weit vorwärts! Leider verwechselt man im christlichen Lager noch immer recht oft den naturwissenschaftlichen Materialismus und den historischen Materialismus, der niemals den Anspruch erhoben hat, eine ewig gültige Weltanschauung zu sein. Die Formulierung des Gegensatzes: die materialistische — die idealistische Geschichtsauffassung ganz verfehlt. Der Sozialismus hat Märtyrer wie das Christentum. In Deutschland können nicht nur Sozialisten und Christentum eine weite Straße Weges nebeneinander her gehen, sie müssen es sogar tun; wenn nicht Land und Volk den schwersten Schanden nehmen sollen. Die Fragen religiös-kirchlichen Charakters sind behutsam und mit Takt anzufassen. Nicht das Studium verfaulter Akten und der Konfessionsführer ins Herz der religiös-politischen Probleme. Verkehr mit den lebendigen Menschen der christlichen Welt schafft Verständnis und Voraussetzungen für eine brauchbare Politik. Zwischen dem protestantischen Nordosten und dem katholischen Südwesten Preußens suchte die Sozialdemokratie die jechlichen Reichungsflächen zu verringern. Die frühere schneidige protestantisch-preussische Politik war grundfalsch. Toleranz in allen Dingen des geistlichen Lebens. Wir sind in den Dingen der Religion und der Weltanschauung kein einheitliches Volk. Das war oft genug unser Fluch. „Aber aus einem Element der Schwäche kann gerade diese geistige Mannigfaltigkeit künftig für uns eine Quelle des Segens und ungeahnter Kraft werden, wenn sie uns dienen wird zu wechselseitiger Befruchtung und Bereicherung, statt wie bisher nur Anlaß zu geben zu gegenseitiger Verfeinerung und Verfernung, wenn der schöne Grundsatz der unbedingten Gewissensfreiheit uns endlich wirklich in Fleisch und Blut übergeht.“

Volkswirtschaft.

Butterauktion.

Hamburg, 14. Dezember.
In der Auktion der Meierei-Verbände für Schleswig-Holstein gingen die Preise etwa um 2 Mark das Pfund zurück. Die Preise bewegten sich von 41,60 Mk. bis 42,50 Mk. für das Pfund, gegen 43,50 bis 44,40 Mk. in der Auktion in der vorigen Woche. Die Zufuhren waren knapp. Zu den obigen Preisen kommt noch ein Kavelingsgeld von 1%. Die Butter-Notierungskommission des Vereins der Fettwaren- und Delikatenhändler Hamburg-Altonas hat den Ladenpreis für allerfeinste Meiereibutter auf 48 Mk. für das Pfund festgelegt.

Devisen-Kurse.

Berlin, 15. Dezember.
Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		14. Dez.	13. Dez.
Amsterdam	100 fl.	6468,50	6718,25
Büffel (Antwerpen)	100 Frs.	1893,60	1478,50
Kristiania	100 Kr.	2697,30	2882,15
Kopenhagen	100 Kr.	3426,55	3625,35
Stockholm	100 Kr.	4410,55	4625,35
Helsingfors	100 finn. Mk.	329,65	333,65
Rom	100 Lire	831,15	858,20
London	1 £	759,20	794,20
New York	1 Doll.	150,06	188,81
Paris	100 Frs.	1459,50	1548,45
Zürich	100 Frs.	3511,45	3736,25
Madrid	100 Pesetas	2712,25	2872,10
Wien	100 K.	6,98	6,78
Budapest	100 K.	25,97	25,47
Prag	100 K.	314,75	226,75

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffname	Kapitän	Herkunftsart	Zeit	Tag	Std.
Angekommen am 14. Dezember.							
D.		Delfin	Wandte	Rolding			1
D.		Expres	Wandte	Rolding			1
D.		Ruffin	Karlson	Göteborg			10
D.		Jacob Sverdlow	Wichham	Hamburg			1
D.		Westkusten	Carlson	Kopenhagen			14
Angekommen am 15. Dezember.							
D.		Brödvone	Christensen	Rudköping			2

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freirecht Lübeck und Freirecht Hermann Bauer; für Barier und Gewerkschaften August Schulz; für Interakt Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Sitzung
am Freitag, 16. Dezember
abends 7 Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:
1. Abrechnung. 2. Stellungnahme zum Anlauf des Gewerkschaftshauses. 3. Eingänge.
Die Wichtigkeit der zu erledigenden Tagesordnung macht es allen Delegierten zur Pflicht zu erscheinen. Die Gewerkschaftsvorstände werden hiermit ebenfalls zu dieser Sitzung geladen. Das Gewerkschaftskomitee tritt um 6 1/2 Uhr im Sekretariat zu einer Besprechung zusammen.
Der Vorstand.

Weihnachtsfreude!!

Jedermann ist Gelegenheit gegeben, aus meinen großen Beständen, welche teilweise noch aus alten Sommer-Abschlüssen stammen, seinen Lieben eine Weihnachtsfreude zu machen, ohne das er genötigt ist, tief in den Geldbeutel zu greifen. Einige Beispiele folgen:

- Damen-Handschuhe Einzel 18 - 12,50 2,95
 - Damen-Korsetts grau Brill 39,50 29,50
 - Damen-Schürzen mit Träger Wien. Form 29,50 23 - 19,25
 - Wb. Damen-Beinkleider Anleierform, m. Kanute 22,50
 - Wb. gestr. Damen-Unterhemden Stück 13,50
 - Gr. Post. Kinderschürzen 55 cm von 14,50 an
 - 1 Posten Korsettschoner 4,95 5,25
 - 1 Posten Frottee-Handtücher Stück 22,50
 - 1 Posten schwere Kinderstrümpfe
- | | | | | |
|-------|-------|-------|-------|------|
| Gr. 3 | 4 | 5 | 6 | 7 |
| 5,50 | 6,25 | 9,75 | 10,50 | 11,- |
| Gr. 8 | 9 | 10 | 11 | |
| 12,- | 12,75 | 18,25 | 13,95 | |
- reine Wolle:
- | | | | |
|-------|------|------|------|
| Gr. 3 | 4 | 5 | 6 |
| 21,- | 22,- | 23,- | 25,- |
| Gr. 7 | 8 | 9 | 10 |
| 27,- | 28,- | 29,- | 30,- |
- Ferner neu herbeigekommen:
Hemdendüch.
mittelschöne Wtr. 19,50 22,50
ganz große die Wtr. 29,50
- Herr- u. Knab.-Garderob.
aus allen Beständen:
Kodenjoppen, Herren-Anzüge,
Büschens, Konfirmanden- und
Knab.-Anzüge, Pyjamas, Knaben-
Häher billigst. (10565)

Johannes Holst
Markt 6 Lübeck Kohlmarkt 6

Kaufen Sie jetzt!
Wir sind billig!
Ein Posten starke Arbeitskleidung
193,00, 250,00, 310,00
1 Posten starke Schürzen 325,00
Starke Kinderkleidung (10560)
58,00 125,00 150,00
Starke Damen-Strümpfe und Handschuhe 175,00
Warme Handschuhe, Handschuhe usw.
1 Post. stark feib. G. 175-195-
Arbeitskleidung 165,-
warme Kodenjoppen 155,-
schwarze stark feib. G. 160,-
Gummihandschuhe 445,-
Stärke blaue Anzüge, Hemd-
garn, 1- und feibig 1075,-
Warme Unterzeuge, Güte, Wäsche.
Ehlers & Reetwisch
Ecke Holstenstr. St. Petri 2 u. A.
Zus. bekannt reelle Güteausgew.
für Arbeiter und jeden Beruf.
Ausrüstungen und Berufskleidung.

Praktische Geschenkartikel

- Damen-Schürzen Wienerform m. Bouyant 29,90 38,50 42,50
- Strickschürzen wfb. u. farb. m. u. n. Träg 29,80 37,00 43,80
- Damen-Korsetts prima Dickschichten 49,50 54,50 64,00
- Reform-Korsetts in weiß und beige Brill 56,50 59,50 76,50
- Dam.-Stidereiemb. aus autem Den D. n. d. 47,50 54,00 58,50
- Stiderei-Beinkleider in offen und geschlossen 46,50 54,00 59,50
- Unterhosen mit reicher Garnierung 16,50 19,50 21,50
- Baumw. D.-Strümpfe nahel. deutsch. u. engl. lg. 7,95 9,55 17,50
- Seidenh. D.-Strümpfe allerfeinste Qualitäten 39,50 44,50 47,50
- Damen-Handschuhe in gestrich. und Brill 15,25 23,50 28,50
- Damen-Handschuhe f. ed. Wübel. u. Glacee 88,50 98,50 118,00
- Gestr. Damen-Weiten ohne Ärmel i. Schwarz 39,50 58,50 68,50
- Gestr. Kopftücher in 3- u. 4eckig. i. sch. u. bt. 18,50 23,25 26,75
- Umhangschürzen in halb u. reiner Wolle 79,50 98,50 148,00
- Dam.-Schlupfbeckelb. farb. u. gef. Qual. 69,50 76,50 82,00
- Reform-Beinkleider in blau, pa. Qualität 104,00 110,50 118,00
- Farb. Blusenmacher mod. Konomoform 46,50 53,50 76,50
- Golfhosen in allen mod. Farben 245,00 275,00 295,00
- Damen-Sportblusen i. b. mod. Klarell hell u. mittelf. 39,50 69,50 89,50
- Dam.-Taschen-Tücher m. Hohlraum u. Stief. 4,85 6,50 7,00
- Hand- u. Reuchstafel in verschied. Lederarten 76,50 98,50 138,00
- Portemonnaies, Led. für Herren und Damen 23,25 34,50 43,50
- Haarwangen in all. Größ. gute Ausf. 3,85 4,85 6,25
- Haargarnituren Spanz. u. Pfeil i. Hart. 18,80 19,80 24,50
- Herren-Ziendräger Gummis u. Lederripp. 17,80 20,80 24,50
- Selbstbind. u. Strawatt. in all. Formen u. Dess. 15,80 24,50 29,80
- H.-Kappa-Handschuhe prima gef. Qual. 110,00 118,50 135,00
- H.-Einfaß-Hemden pa. Qual. i. all. Größen 94,50 98,50 108,00
- H.-Normalhemden m. Vorder- u. Rückf. 68,50 72,50 76,50
- H.-Normalhosen wolleemischte Qual. 54,50 58,50 62,50
- Herren-Hosen i. wolle. i. sch. u. grau, 11,45 13,50 15,50
- Herr.-Sportblusen in verschied. Farben 27,80 39,50 46,80
- Herren-Hüte in modernen Formen 64,50 82,00 98,50
- Herren-Mützen Kappformen 28,80 34,50 39,50
- Flügelhosen für Herren und Damen 18,50 27,50 37,50
- Regenmütze in Baumw. u. Halbleide 118,00 154,50 188,00

Hans Struve,
Rendsburg. Neumünster. Itzehoe.

Lübeck,
Königstraße 87/89,
Ecke Wahnstraße.
10564

Voricht beim Verkauf!
Reell!
Die öffentlich höchst ge-
borenen Preise
für Bruchgold, Bruchsilber,
Platin, alte Goldstücke (auch
einzelne Zähne), Steine,
Kette, Brillanten, alte
Münzen, Goldschmuck
sicher, richtig und über-
bietet oft
Willi W. Schilling
Uhrmacher u. Juwelier,
32 Holstenstr. 32
Bestes Abgabegeld
(10546) für Händler.



Pikfein
glänzend und haltbar bleibt ihr
Schuhzeug wenn
Sie es mit **Lavalin**
putzen lassen.
Überall zu haben.
Chem. Fabrik Gebr. Meyer Hamm-Ricklingen

Möbel
Anzüge, Wäster
zahl (10554)
Teilzahlung.
Holsten-
Kesten, str. 17. I.

Leiden Sie?
an Flechten, Hautaus-
schlag, Hautjucken, Pik-
keln, Fimren, Schorf,
Krätze usw., dann ge-
brauchen Sie Dr. Ter-
rahe's Heilseife. Er-
folge überraschend.
Zu haben in d. Apotheken
und Drogerien.
Drogerie Aug. Frösch,
Mühlensir. 1.
Theater-Drogerie,
Breite Straße 15.
Marli-Drogerie, Marli-
straße 42.
St. Lorenz-Drogerie,
Lindenstraße.
Diana-Drogerie, Glan-
dorfsstraße 1.
Kreuz-Drogerie Thiel-
10520) bahr, Schlutup.

**Alle
Arbeiter**
kaufen gern und ge-
hre Arbeitskleidung
bei (10525)
Otto Albers
Markt 4, Lübeck 10

**Sparsames
Heizen und Kochen!**
Das beste Weihnachtsgeschenk
ist der Kohlensparer
„Küchenschab“
(2. R. F.) 10529
Georg Krach,
Glockengießerstr. 50. Tel. 8445.

Johs. Martin Rabe
Lübeck. Fernsprecher 2698.
**Zigarren- u. Tabak-
Agenturen.**
Generaldirektor - Fabriklager: (10538)
Schlüter & Warnken, Tabakfabrik, Altona/S.
C. A. Kneiff, Kanakafabrik, Nordauen.
Ang. Schuster, Zigarettenfabrik, Bände i. W.
Jetzt wieder: **Holstenstraße 2. I.**

Gewerkschaftshaus
Morgen Freitag:
Großer Ball.
Damen Eintritt frei. (10528)

Cuisenluft Jeden
Freitag: **Tanz.**
(10521) Eintritt und Tanz frei.

ZIRKUS BELLI
trifft in Schlutup ein. (10556)
Er gibt im Hotel zur Post am Freitag seine
1. Eröffnungs-Vorstellung, am Sonnabend
Vorstellung, am Sonntag 2 Vorstellungen,
nachm. 4 Uhr u. abds. 8 Uhr, am Dienstag
große Parade-Vorstellung. **Belli.**

Konsumverein
für Lübeck u. Umgeg. e. G. m. b. H.
Für die Weihnachtszeit
empfehlen wir:
Mehl, bestes . . . Wfd. Mt. 5,40
Hamburger Kuchenfürw. . . 5,60
Kunsthong 4,70
Feigen 12,00
Walnüsse 18,00
Tannenbaumlichte Schachtel . . 5,70
Bei den teuren Kaffeepreisen empfehlen
wir als besonders beachtenswert
Gerstenkaffee, Iose . . Wfd. Mt. 5,00
Die vor einiger Zeit angebotenen Schul-
tern sind geräumt, einen kleinen Rest
geräucherter Schinken
bieten wir an, das . . Pfund Mt. 23,-
Ebenfalls einen kleinen Rest (10557)
Rollsinken
Pfund Mt. 28,00
Corned beef Pfund Mt. 18,00
Wenn in einzelnen Abgabestellen emp-
fohlene Waren nicht vorhanden sein soll-
ten, bitten wir zu verlangen, damit
schnellstens nachgeliefert werden kann.

Stand 16 Markthalle Stand 16
Die best. Ostseebaden, Ostfett 9
ohne Knochen (nicht geizig)
kaufen Sie nur Markthalle, Stand 16.
Hemdschalen, ohne Knochen Wfd. 6,50. (10524)

**Emser
Pastillen**
geg. Husten, Heiserkeit, etc.
(10520)
H. Schulz
Uhrmacher
Johann-
straße 20
Garantie-
Werkzeug
Trauchhage
333-585
Ank. Brühlweg
(10527)

„Zur Mühle“
Bekkerstraße 61. (10562)
Feinst. Weizenmehl 5,60
Reines Roggenfein-
mehl 4,50
Margarine 23,50
Klebersteine . . . 12,-
Braune Bieffernüsse 10,-
Haferfloren 5,40
Weizenmehl 5,50
Gerstengröße 4,90
Gerstengraupen . . . 4,90
Grobes Reismehl . . 5,50
Kudendackmehl . . . 4,-
Corinthens 4,00
Gut. gelb. Erbsen 3,80

Möbel
Herren-, Spelle-, Schlaf-
zimmer, Büchsen.
Boldts Möbellager
Fischerstraße 25/27.

**Deutscher
Metallarbeiter-
Verband.**
Verwaltungsstelle Lübeck
(10551)

**Gemeinschaftliche
Versammlung**
der
Bauschlosser, Bau-
klempner, Elektriker
und Schmiede
am Freitag, dem 16. Dezbr.
präzise 7 Uhr
im Gewerkschaftshaus
Tagesordnung:
Bericht über die Ver-
handlung vor dem
Schlichtungsausschub.
Mitgliedsbuch vorzeigen
Die Ortsverwaltung.

Hansatheater.
Seute. (10533)
Donnerstag, 7 1/2 Uhr:
Ein Walzertraum.
Freitag, 7 1/2 Uhr:

**Zum 40.
und letzten Male:
„Fri. Puck“**

Sonntag nachm. 3 Uhr
zu kleinen Preisen
(Wtr. 1,50 - 8,00):
Frau Holle.
Abends 7 1/2 Uhr:
Zum ersten Male.
Das (10499)
Milliardensouper.
Montag, 19. Dezbr.
7 1/2 Uhr:
Nochmaliges Gastspiel
der Hamburger Kammer-
spiele zu bedeutend er-
mäßigten Preisen.
(10533) **Reigen.**

Stadtheater Lübeck
Donnerstag, 15. Dez. 7,30
Madame Butterfly.
17. Ab. Vorst. V. A.
Freitag, 16. Dezbr. 7,30
Uraufführung! Die
schönste Prinzessin.
Weihnachtsmärchen u.
G. Decke. (Ausz. Abon-
nement.) 17. Dezbr. 8,00
Die schönste Prin-
zessin. Ermäß. Pr.
7,30. 9. Abonn.-Vorst.
Die Fiedermans.

Sonntag, 18. Dez. 2,10
3. Fremden-Vorst.
Die Walfäre. (10549)
7,30. 3. legt. Male
Vortisch und Ver-
mutter. Darauf:
Jaira. Ballettpantom-
ime. Musik von
Kirsten-Koriatom.

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 15. Dezember.

Der Sozialdemokratische Verein

Hest am Dienstagabend im Gewerkschaftshaus seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Zunächst wurde das Andenken der verstorbenen Genossen in der üblichen Weise gelehrt. Dann hielt Genosse Lehmann-Hamburg einen Vortrag über: „Die Wohnungsfrage“. Er zeigte in seinen Ausführungen, was bisher zur Behebung der Wohnungsnot geschehen ist und was noch unternommen werden kann und unternommen werden muß. An einigen Beispielen wies er nach, daß vor allem in den Großstädten das Wohnungsproblem einen riesigen Umfang angenommen hat. Die Hauptursache ist der Wohnungsmangel. Vor dem Kriege wurden jährlich rund 300 000 neue Wohnungen gebaut. Da während des Krieges der Wohnungsbau fast eingestellt wurde, so fehlen heute in Deutschland rund 1 1/2 Millionen Wohnungen. Um dieses Manko in den nächsten Jahren ausgleichen zu können, müssen jährlich etwa 800 000 neue Wohnungen gebaut werden. Wenn in diesem Jahre auch etwa 500 000 Wohnungen gebaut werden, so fehlen immer noch rund 300 000 Wohnungen an der vorgenannten Ziffer. Der Redner schilderte dann besonders die schlechten Wohnungsverhältnisse in Hamburg und zeigte, welche hohen Zuschüsse der Hamburger Staat zum Wohnungsbau gegeben hat. Alles dieses reicht aber nicht, um die Not zu beheben. Trotz der Mieterschutzgesetze machte sich auf dem Wohnungsmarkt das Schieber- und Buchertum breit. 10 000 bis 12 000 Mk. ja sogar 25 000 Mk. seien in einzelnen Städten für den Mißtand einer Wohnung verlangt worden. Der freie Wohnungsmarkt würde ganz unhaltbare Zustände schaffen. Es würden so hohe Mieten verlangt werden, die die Minderbemittelten unmöglich zahlen könnten. Hebung der Gesamtwirtschaft und Hebung des Wohlstandes, das sei das Wichtigste, um aus dem Elend herauszukommen. Genosse Lehmann beschäftigte sich dann mit den Verzerrungen und sonstigen Bestimmungen, die zur Linderung der Wohnungsnot erlassen worden sind. Er hält nicht nur die Zwangseinquartierung, sondern fast alle getroffenen Maßnahmen für erforderlich. Man müsse aber auch darauf sehen, daß die bestehenden Wohnungen erhalten bleiben. Hamburg habe daher 1 1/2 Millionen Mark zur Wohnungsreparatur für die nächsten fünf Jahre zur Verfügung. Der Wohnungsbau wurde zunächst fast vollständig durch den Mangel an Baumaterialien und dann fast vor allem das nötige Geld. Man müsse aber auch künstlich sein Augenmerk auf die vermehrte Ausbildung von Facharbeitern richten, da schon heute Mangel an solchen in einigen Orten zu verzeichnen sei. Besonders aber müsse nicht nur der Arbeiter mit Baumaterialien, sondern auch die Ausfuhr derselben unterbunden resp. eingeschränkt werden. Durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft, die die Hausbesitzer fordern, würde die Bautätigkeit nicht behindert werden. Die Gemeinwirtschaft müsse mehr gefördert werden, da nur durch diese und nicht durch die private Bautätigkeit Besserung zu erzielen sei. In Sachen habe man allen Personen mit einem Einkommen von mehr als 36 000 Mark den Wohnungsnachweis gesperrt. Darin liege ein gesunder Grundgedanke, der den Bauwangel zum Ziel hat. Der Redner beschäftigte sich dann eingehend mit dem Reichsmietereigesetz, welches voraussichtlich am 1. April 1922 in Kraft tritt und die Grundlage für die Finanzierung des Wohnungsbaues abgeben soll. Ohne Dörfer, auch der Mieterschaft, Buntan keine neuen Wohnungen gebaut werden, aber ohne erhöhtes Einkommen seien diese Opfer nicht zu tragen. Trotz mancher Bedenken habe unsere Partei dem Reichsmietereigesetz, welches von den Hausbesitzern schärfst bekämpft wird, seine Zustimmung gegeben, um endlich zu besseren Wohnungsverhältnissen zu kommen. Wäre die Arbeiterchaft heute einia, dann hätten wir in den maßgebenden Parlamenten einen weit größeren Einfluß als heute. Wir könnten dann nicht nur bessere Gesetze schaffen, sondern auch mehr für die Behebung des ganzen Wohnungsproblems tun. (Beifall.)

An der regen Aussprache beteiligten sich die Genossen Gogowski, Schuster, Rehmer und Kapina. Sie unterstrichen durchweg die Ausführungen des Referenten und gingen dann besonders auf die Lübecker Verhältnisse des näheren ein. Genosse Gogowski betonte u. a., daß die Hausbesitzer in einer Sitzung der Mietereinquasamtes 219 Prozent Mieterehöhung gefordert hätten. Er beschäftigte sich dann ferner mit dem schmerzlichen Paragrafen des Neuen Haus- und Grundbesitzer-Vereins, dem

diese Genossen angehören und die ohne weiteres hinter dem politisch richtig stehenden Vorstand herlaufen. Aufgabe dieser Genossen müsse es sein, die Führung in dem Verein zu übernehmen, damit eine Fälschung dort entfallt wird, welche eine Verständigung mit der Mieterschaft ermöglicht. Auf Antrag des Gen. Gogowski wurde eine Kommission eingesetzt, die sich mit der Regelung der Wohnungsfrage und des Wohnungsbaues beschäftigen soll.

Nach einem kurzen Referat des Genossen Weiß wurde nach dem Bericht des Bezirksvorstandes einstimmig beschlossen, daß 1. Januar den Beitrag für männliche Mitglieder auf 80 Pfg. zu erhöhen. Der Beitrag von 30 Pfg. für weibliche Mitglieder bleibt bestehen. Außerdem sollen zur freiwilligen Unterstützung der Parteikasse Extramarke eingeführt werden. — Vorher war noch beschlossen worden, eine Silvesterfeier abzuhalten, wozu ein Komitee gleich gewählt wurde.

Ausbau der Gebäude auf dem Grundstück Roesstraße 50 zu Wohnungen und zu einer Jugendherberge. Nachdem die herkömmliche Schutzmannschaft aufgelöst ist, sind die von dieser bisher bewohnten Gebäude auf dem Grundstück Roesstraße 50 frei geworden. Die Baubehörde hat empfohlen, das Erdgeschoss des früheren Pferdestalles zu zwei Wohnungen von je 3 Zimmern, Küche und Flur auszubauen und im Obergeschoss Räume für eine Jugendherberge, nämlich einen 90 Quadratmeter großen Schlafraum, einen Aufenthaltsraum von etwa 23 Quadratmeter Grundfläche und einen kleinen Wohnraum zu schaffen. Nach den Kostenschätzungen des Bauleiters Kalke betragen die Kosten für die beiden Wohnungen 64 320 Mk. und für die Jugendherberge 26 750 Mk. im ganzen sind also 91 000 Mk. aufzuwenden. Da eine dem Lübecker Ausschuss für Jugendherbergen zur Verfügung stehende Summe von 7500 Mk. zu den Baukosten mit verwendet werden soll, ermäßigen sich die Kosten für die Jugendherberge um diesen Betrag. Die zu bewilligende Summe stellt sich demnach auf 83 570 Mk. Die Finanzbehörde empfiehlt die Ausführung des Planes, der, soweit es sich um Schaffung von Räumen für die Jugendherberge handelt, im Einvernehmen mit dem Lübecker Ausschuss für Jugendherbergen aufgestellt ist. Der Senat ist mit der Ausführung des Planes einverstanden und stellt demgemäß einen entsprechenden Antrag zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft.

Metallarbeiter der G. B. D. Heute: Neuwahl der Ortsverwaltung! Erscheint vollzählig!

Nachbewilligung für das Landesversorgungsamte. Die dem Landesversorgungsamte für das Rechnungsjahr 1920 zur Verfügung gestellten Mittel sind überschritten worden. Bei der Geschäftsstelle für Getreide, Mehl und Futtermittel: a) Persönliche Kosten um 2411,01 Mk. b) Sachliche Kosten um 79 780,95 Mk. Bei der Nahrungsmittelverteilungsstelle und Preisprüfstelle: a) Persönliche Kosten um 7495,45 Mk. b) Sachliche Kosten um 149 737,41 Mk. Mitteln im ganzen um 239 424,82 Mk. Die Mehrausgaben, die durch die Maßnahmen nötig bedingt sind, sind zurückzuführen teils auf die außergewöhnliche Preissteigerung für alle Konsumbedarfsgegenstände, teils auf die Erhöhung der Druckkosten und teils auf die Erhöhung der Gehälter für die Angestellten. Das Landesversorgungsamte hat die Nachbewilligung der Mehrausgaben beantragt. Der Senat ist bereit, dem Antrage stattzugeben, und stellt einen entsprechenden Antrag zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft.

Von der Schifffahrt. Ueber den Verkehr fremder Handelschiffe auf dem finnischen Meerbusen gibt das russische Konsulatsamt für auswärtige Angelegenheiten bekannt, daß seit dem 1. Dezember 1921 das russische, welches 59 Grad 30 Minuten und 2 Sekunden nördlicher Breite und 27 Grad 50 Minuten 2 Sekunden östlicher Länge von Greenwich liegt, für die Winterzeit außer Betrieb ist und daß alle

Schiffe auf der Fahrt nach Petrograd in Reval Aufenthalt nehmen müssen, um dort zunächst russische Kohlen aufzunehmen, unter deren Leitung die Schiffe ihre Fahrt nach Petrograd fortsetzen werden. Die Schiffe, welche Petrograd verlassen, um sich ins Ausland zu begeben, legen die russischen Kohlen in Reval ab. Um russische Kohlen in Reval aufzunehmen bzw. abgeben zu können, hängen die Schiffe, wenn sie sich Reval nähern, die internationale Lotsenflagge und die Aufzeichen der Stadt Petrograd gemäß dem internationalen Code. — Hamburg-Ostasienfahrt. Die Mogul Steamship Company Ltd. läßt als erstes Schiff am 28. Dezember den Dampfer „Balkan“, ein Schiff von 5200 Tons von Hamburg nach Singapur, Hongkong, Shanghai, Kobe und Yokohama abgehen. — Personen gegangene Schiffe. Nach der Riffen des „Germanischen Lloyd“ sind im Monat November 32 Dampfer mit 33 546 Tonnen und 47 Segelschiffe mit 11 771 Tonnen total verloren gegangen. Beschädigungen haben 775 Dampfer und 660 Segelschiffe erlitten.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse in Lübeck hatte am 1. Dezember 1921: 41 256 Mitglieder gegen 38 277 im Jahr 1920. Auf Männer entfielen davon 24 036 (1920: 22 573), auf Frauen 17 220 (1920: 15 724). Arbeitsunfähig waren am letzten November: Männer 337 (1920: 637) und Frauen 642 (1920: 640). Auswärtige für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im November 2829 (1920: 2657) erteilt. Sterbefälle wurden im November für Mitglieder in 36 Fällen, für Angehörige in 27 Fällen gewährt. Uebertretungen arbeitsunfähiger Mitglieder gegen die sachungsmäßigen Verhaltensvorschriften waren in 46 Fällen mit Strafe zu belegen. Die freiwilligen Kassenbeiträge werden von Montag bis Donnerstag jeder Woche entgegengenommen.

Bange machen gilt nicht. Den Arbeitgebern der Friseurin ist ein Tarif vorgeschlagen worden, wonach Löhne von 1000—1200 Mk. pro Monat ohne Kost und Logis ab 1. Januar 1922 gefordert werden. In den Kreisen der Arbeitgeber ist darüber große Entrüstung entstanden. Sie versuchen ihren Friseur eine Angst einzujagen, weil diese „so viel“ fordern. Mit einmal will der eine das Geschäft verkaufen, der andere sein Personal reduzieren, der dritte nur mit Beihilfen arbeiten usw. Derweil haben wiederum zwei Arbeitgeber den Friseurn am Dienstag erklärt, ihr Geschäft gehe glänzend. Friseurn, laßt Euch nicht bange machen und bleibt auf Eurer Forderung bestehen. Nur eine starke Front kann Euch Erlöse bringen. Wir werden demnach alle Friseurgehälter bekannt geben, in denen nichtorganisiertes Personal beschäftigt ist. Achtet darauf! Arbeitnehmerverband des Friseur- und Haargewerbes.

Die Ausschreibung der Bawarbeiten beim Holmagazin ergab folgende Preisberechnung: Arbeitslohn 233 848,85 Mark, S. Stubbe 269 240,— Mk., A. Kael 275 220,50 Mk., J. Corbs 278 765,60 Mk., S. Kallun 279 828,— Mk., Glogner 285 849,50 Mk., Kull 289 287,85 Mk., Jakobs 289 536,65 Mk., Torkuhl 301 279,50 Mk., Dinter 316 682,— Mk., Heidenreich 322 326,60 Mk., Wands 332 475,— Mk., Behrens 356 615,— Mk., Droke 370 750,— Mk., S. Prigge 385 068,— Mk., Jürgen Brandt 389 863,70 Mk., Schulz u. Sohn 429 124,— Mk., Lüft u. Sohn 439 730,— Mk.

Deutsch-nordische Beziehungen.

Die während der Nordischen Woche in Lübeck gegründete Nordische Gesellschaft soll weiter ausgebaut werden und in Lübeck ihren Sitzpunkt erhalten. Zweck der Gesellschaft soll sein eine dauernde geistige Verbindung der Länder und Völker herzustellen. Gewiß ein begrüßenswertes Unternehmen. Das Amtschloß der Freien und Hansestadt Lübeck benutzt die vom Nachrichtenamt übermittelten Nachrichten dazu, um gleich einleitend den noch zu gewinnenden Freunden zu sagen, feindlicher Haß und innerer Umsturz haben die Früchte jahrhundertelanger Arbeit zerstört. Mit dieser faulstidigen Lüge glaubt der ehemalige Haudegen und jetzige Feilenfabrikant Stavenhagen den Nordländern am besten sein Kompliment machen zu können. Ueber einigen Machtanbetern laßt natürlich kein Mensch diese nockstergiftenden Zuckerpillen. Auch in den nordischen Staaten weiß man, daß die ehemaligen Militärs mit ihrem völkerverhetzenden Anhang Deutschland und das deutsche Volk auf den Hund gebracht haben. Und wenn heute die Edelkrieger kommen und ihre krächzenden Worte in verlogene Höflichkeitshofreden umfächeln, dann müssen auch die denkenden Menschen im Norden, sofern sie nicht zu der ausgeprochenen Geld- und Herrenfaste zählen, daß die Befürworter des schuldbeladenen Monarchismus

Das Gemeindefind.

Erzählung von Marie von Ebner-Eschenbach.

28. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Er hätte sich nicht zu fürchten gebraucht. Der Bursche brachte das Gespräch nicht mehr auf die immer näher heranziehende Trennung, wurde nur stiller, trauriger, führte aber kein arbeitsvolles Leben fort und suchte die Gesellschaft seines Gönners nicht öfter auf als zu jeder anderen Zeit.

Und Habrecht, mit dem Egoismus des Kranken, der keine Sorge aufkommen läßt als die um seine Genesung, wollte nichts wissen von dem Kampf, der sich hinter Kavel's anscheinender Ruhe verbarg, wollte nichts wissen von einem Leid, dem abzuhelfen ihm unmöglich gewesen wäre. Geschieden mußte einmal sein, es geschah am besten kluglos. Auch über die tiefe Verstimmung, die ihm die Bekanntmachung mit seinem Nachfolger im Amte bereitetete, verlor er keine Worte.

Dieser junge Mann, Herr Georg Madel, war einige Tage später eingetroffen, als er erwartet worden, hatte sich an der Vermunderung ergötzt, die Habrecht darüber äußerte, und auf die Zumutung, ins Schloß zu gehen, um der Frau Baronin seine Aufwartung zu machen, geantwortet: „Recht gern, wenn sie jung und schön ist. Sonst habe ich mit Baroninnen nichts zu tun und auf ihren Schößern nichts zu suchen.“

„Aber,“ meinte Habrecht, „die Höflichkeit gebietet...“
„Nicht jedem; ich zum Beispiel, bin ohne Vorurteile.“
Er tat sich darauf etwas zugute, fast so arm zu sein wie Hiob und ganz so stolz wie Diogenes. bezog die Schule an der Spitze eines Koffers, eines Geldbeutels, eines Tisches, eines Sessels, fand sich für den Anfang genügend versorgt und dankte ablehnend für die Bereitwilligkeit, mit der sein Vorfahr im Amte ihm einiges Hausgerät zur Verfügung stellen wollte.

So wanderte denn Habrecht Mobilar in die Hütte an der Sandgrube, vom Volksmund schlechtweg „die Grubenhütte“ genannt, und nahm sich dort ordentlich statlich aus, erregte auch vielfachen Neid. Die Leute fanden Habrechts Großmut gegen Kavel unbegreiflich und kaum zu verzeihen. Madel aber machte sich über das Verhältnis zwischen den beiden keine eigenen Gedanken und hatte keinen Grund, sie dem „Kollega“ zu verheimlichen.

Am Vorabend des für Habrechts Abreise bestimmten Tages suchte er ihn auf und fand ihn in der Schulstube, wo er, am Fenster stehend, in ungeduldiger Erwartung auf die Straße blickte. Als der Eintretende ihn ansah, sah Habrecht sich um und sprach:

„Sie sind's — gut, gut, es ist mir lieb, daß es kein anderer ist.“

„Welcher andre denn?“
„Nun, der Kavel, wissen Sie. Aufrichtig gestanden, ich beachtliche, mich schon und zwar ohne Abkündigen davon zu machen... des Burschen wegen. Ich gehe freudig von hier fort, kann's nicht verbergen, und das tut ihm weh. So habe ich mich bei der Frau Baronin und beim Herrn Farrer empfohlen und fahre ab, bevor Kavel nach Hause kommt. Habe mir ein Wägelchen bestellt — drüber an die Gittertür... es sollte schon da sein.“

Er eilte wieder an das Fenster und bog sich weit über die Brüstung. Der Wind zerzaute ihm die spärlichen Haare, in dünnen Strahlen umflogen sie seinen Scheitel und sein Gesicht, das so alt ausah und so wenig harmonierte mit der noch jugendlich schlanken und bewallichten Gestalt. Er trug den schwarzen Anzug, den ihm sein Vater zur letzten Prüfung hatte machen lassen, und der, auf eine körperliche Zunahme des Besitzers berechnet, die nie eintraf, die hageren Glieder um so kläglich schlotternd umhing, als das Tuch fadenförmiger und seine Falten weicher geworden waren.

Madel musterte ihn durch die scharfen Gläser des Zwieders und sprach: „Wie lange sind Sie denn hier Schulmeister gewesen?“

„Einundzwanzig Jahre.“
„Und noch einundzwanzig Jahren machen Sie sich aus dem Staub, als ob Sie etwas geflohen hätten? Verderben den Kindern die Freude einer Abkündigungsfeier und der Erwachsenen die eines Festessens... und das alles, um Ihren Pavillon nicht weinen zu sehen? Sonderbar! Es muß ein eigenes Bewandnis mit Ihnen haben, Kollega. Wie?“

Habrecht erblickte unter dem inquisitorischen Blick, der sich auf ihn richtete, „Was für eine Bewandnis?“ fragte er, und die Zunge lebte ihm am Gaumen.

„Erschrecken Sie doch nicht vor mir — mir ist nichts Menschliches fremd,“ entgegnete Madel voll Ueberlegenheit. „Aufrichtig, belennen Sie! War die Mutter Ihres Pavillon, die übrigens jetzt im Zuchthaus sitzen soll, ein schönes Weib?“

Habrecht negierte die Bedeutung dieser Frage nicht gleich; als sie ihm jedoch klar wurde, lachte er laut auf, lachte immer munterer, immer heller und rief in freudiger Erregung: „Nein — ja etwas! O, Sie Kreuzköpfer, Sie! Nein, daß ich heute noch einen solchen Spaß erlebe!... Herr Jesus, was Sie doch geschickt sind!“ Er brach in ein neues Gelächter aus. Der krankhaft empfindliche Mann, den die leiseste Anspielung auf einen auf ihn selbst erregten Argwohn in allen Seelenstiefen verwundete, fühlte sich durch den jeder Veranlassung entbehrenden wie gereizt. Kein Laß, keine Schmeichelei hätte ihn so herzlich beglücken können, wie keines Nachfolgers falsche und nichtsnützig

Vermutung es tat. Er bemerkte nicht, daß er beleidigte mit seiner Lustigkeit, er wurde förmlich übermütig und rief: „ich wollte, Sie hätten recht; es wäre besser für den Burschen. Aber Sie haben nicht recht, und sein Vater ist wahrhaftig am Galgen gestorben. Ein Unglück für den Sohn, das ihm als Schuld angerechnet wird. Man muß ihn in Schutz nehmen gegen die Dummheit und Bosheit. Ich hab's getan, tun Sie es auch, versprechen Sie mir das.“

Madel nickte mit kauerliger Miene, im Innern aber blühte er sich gütig auf und dachte: Zum Lohn dafür, daß du mich keinewegen verpöttest hast? Das wird mir einfallen!

Inzwischen verzog man durch die Nachmittagsstille das langsame Herankumpeln eines Leisterwagens. „Meine Gelegenheit!“ sprach Habrecht, hob das Kelleisen vom Boden und lud es mit Madels Hilfe auf seine Schulter. Jede andere Dienstleistung, besonders das Geleite zum Wagen, verbat er sich und eilte davon, ohne einen Blick zurückzuwerfen nach der Sitte seiner langjährigen Tätigkeit. Keine Regung der Wehmut beschlich beim Scheiden seine Brust. „Nahel!“ rief er dem ihn begleitenden Bauerlein zu, „und wenn dich jemand fragt, wen du führst, so sag — einen Bräutigam, jag's getroffen; es ist schon mancher zur Hochzeit gefahren, der nicht so guter Dinge war wie ich.“ Damit kletterte er in den Wagen, streckte sich der Länge nach in das dicht aufgetreute Stroh und kommandierte lauschend: „Hü-e!“

Die Dorfleute kamen an dem Tag etwas früher als sonst vom Felde zurück, sie hatten Eile, ihre Anstalten zum Abschiedsfeiern für den Lehrer zu treffen. Der Schloß des Wirtshauses qualmte schon seit einigen Stunden. Die ein Wort mitzureden hatten, gingen dem Stand der Dinge in der Küche nachsehen, andre hielten sich in der Nähe, um wenigstens den guten Beatengeruch zu schnuppern, der die Luft ringsum zu erfüllen begann. Die Ruhe sammelten sich schamweise, und weil es ihnen bevorstand, beim morgigen Festum eine gute Weile friedlich in Reih und Glied zu wandeln, entschädigten sie sich dafür und prügelten einander heute noch in aufgesetzter Ordnung gehörig durch. In den Häusern und vor den Häusern flochten die Mütter und Mädchen die Haare mit roten Bändchen ein, und in den Ställen taten die Bauernburschen daselbe an den Mähnen ihrer Rosse. Da entstanden eine Anzahl dünner Köpfelein, so steif, wie Draht, die den Köpfen der Mädchen und den Hälsen der Pferde etwas sehr Nettes und Gutachtliches gaben. Mit einem Worte, die Vorbereitungen zur Feierlichkeit waren im besten Gange, als sich die Kunde verbreitete, Habrecht sei abgereist. Anfangs wollte niemand so recht daran glauben, erst als der Bauer, der den Lehrer nach der Eisenbahnstation gebracht, von dort zurückkehrte und dessen heilige Abschiedsgrüße an die Dorfbewohner bestellte, mußte man wohl oder übel zu zweifeln anfangen.

die allergeringsten Vermittler geistiger Güter sind. Aber das fürwahr! Amtshandlung des Lübedischen Staates kann sich ja jede politische Durchdringung erlauben und sie einschmuggeln, auch wenn es sich vorzugsweise um wirtschaftliche Fragen handelt. Er ist zwar selbsthaft in seinem Vorgehen, doch desto unzweifelhafter in seinen Absichten. Soll die Fahrt so weiter gehen, dann ist es uns auch recht, wir werden ja dann bald sehen, wie die Lymphe wirkt. Jedenfalls werden ungezählte Tausende in den nordischen Ländern Komplimente von Zeitungsdirektoren abnehmen, bei denen die monarchistische Bistienkarte abgegeben und der größte Postteil verlobet wird. Wir bedauern, zu einer derartig scharfen Einleitung in einer Sache genötigt zu sein, die an sich von jedem Freund wirtschaftlichen Aufschwungs und freundschaftlicher Beziehungen nur begrüßt werden kann. Doch sie ist notwendig, um die falschen Schachbrettfiguren von vornherein zu kennzeichnen.

Am einzelnsten soll der Zweck der Nordischen Gesellschaft sein: Auf kulturellem Gebiet die Vorbereitung von Lustkellungen, die den Nordländern deutsche Kunst und Kultur, hier in Deutschland nordische Art und Kunst zeigen sollen. Man will Vorträge halten lassen, in denen nordische Gelehrte und Künstler in ihre Geisteswelt einführen oder deutsche Redner die Beziehungen zum Norden behandeln. Man hofft auch, durch Entsendung deutscher Redner zu unseren nordischen Freunden einer Annäherung der stammverwandten Völker dienen zu können. In demselben Sinne soll die Pflege der nordischen Sprachen, insbesondere auch der schwedischen, auf der deutschen Schulen und alle hierzu dienenden Maßnahmen wie Lehrer- und Schülerausläufe tatkräftig unterstützt werden. An wirtschaftlichen Aufgaben ist eine regelmäßige Beobachtung aller Fragen der Ostseewirtschaft, die Sammlung und publizistische Aufbereitung des hierzu bezüglichen Materials vorzuziehen. Inwieweit diese Arbeit auf wirtschaftlichem Gebiet die Heranziehung des kaufmännischen Nachwuchses mit sich bringt und wie die wirtschaftliche Vermittlungstätigkeit zu den nordischen Ländern interessiert und vorbereitet. Besondere Aufmerksamkeit wird die Gesellschaft der persönlichen Eühlungnahme ihrer Mitglieder sowohl untereinander als auch mit Vertretern des nordischen Kultur- und Wirtschaftslebens widmen. Vortragsabende, denen sich gesellschaftliche Zusammenkünfte anschließen, werden hierfür eine günstige Gelegenheit bieten. Die Gesellschaft hofft namhafte Förderer des nordischen Kultur- und Wirtschaftslebens als korrespondierende Mitglieder der Gesellschaft zu verbinden und durch sie mit dem Norden in einen lebhaften Kulturaustausch treten zu können. Die Gesellschaft erwartet zunächst in Lübeck in allen beteiligten Kreisen der Bevölkerung tatkräftige Unterstützung.

Eine Versammlung der Bürgerchaft findet am Mittwoch, dem 21. Dezember statt.

Die Reichshandstelle wird am Weihnachtsabend mittags 12 Uhr für den Verkehr geschlossen.

Postkarte. Die Karte für Postanweisungen nach dem Ausland betragen jetzt für das Pfund nach England 851 Mk., für je 100 der fremden Währung nach Belgien 1838 Mk., Dänemark 2209, Deutschland 7, Frankreich 1784, Griechenland 1443, Island 2009, Japan 10059, Luxemburg 1784, Mexiko und Salvador 20756, Niederlande 8784, Norwegen 3028, Schweden 4983, Schweiz 4047, Spanien 2973, Tschechoslowakei 239, Ungarn 27 Mk.

Tragweite. Das Leid einer Mutter. Unter reger Anteilnahme der Einwohner Tronemündes wurden Mittwoch nachmittags die beiden bei der Strandung des Motorschoners „Kurr Karwia“ an der pommerischen Küste ertrunkenen Söhne der Witwe Richter beerdigt. Die Mutter war zur Lebensführung ihrer 16- bis 18-jährigen Kinder selbst nach Leba gekommen. Ein erkrankendes Geschwister hat Frau Richter betroffen. Der Mann wurde vor zwei Jahren bei einer Keilerexplosion so schwer verwundet, daß er nach hochjährigem Krankenlager starb. Kurze Zeit darauf kam ein Kind und im vergangenen Jahre erkrankte ein 20-jähriger Sohn. Bei der Strandung in Leba erkrankte nun die letzten beiden erwachsenen Söhne auf ihrer ersten Seereise. Es bleiben der Witwe ein lungenkrankes, ein gemütskrankes und ein anderes schwaches Kind.

Hinweis auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung. Gewerkschaftsvorstände und Delegierte des Orts anskuffes! Am Freitag, dem 16. d. Mts., findet im Gewerkschaftshaus eine Sitzung des Ortsausschusses statt. In dieser Sitzung wird zu sehr wichtigen Fragen Stellung genommen und Beschluß gefaßt werden müssen. Die Vorstände der Gewerkschaften und die Delegierten des Ortsausschusses werden daher gebeten, vollständig zu dieser Sitzung zu erscheinen. Das Gewerkschaftssekretariat tritt um 6 1/2 Uhr im Gewerkschaftssekretariat zu einer Besprechung zusammen.
Der Vorstand.

„Verein Arbeiterjugend“. Freitag, den 16. Dezember, 7 1/2 Uhr abends, im Gewerkschaftshaus Ortsvorstandssitzung.

Dansa-Theater. Freitag, Fr. 1. Buck. Sonntag, nachmittags 3 Uhr, zu kleinen Preisen das Weihnachtsmärchen „Frau Holle“, abends 7 1/2 Uhr zum ersten Male „Das Milliarde“ von „L'opéra“. Montag, den 19. Dezember: Unmiderwärdigstes Gastspiel der Hamburger Kammeroper „Reigen“ zu bedeutendem herabgesetzten Preisen.

Stadttheater. Am Freitag findet die Aufführung eines Weihnachtsballets von Georg Decker „Die schöne Prinzessin“ statt. Regie: Dehmann. Samstag nachmittags die erste Wiederholung des Märchens. Abends zum letzten Male: Potasch und Perlmutter, hierauf eine Balletantomme betitelt „Zitra“, einstudiert von Martha Louise Stolze. Musik von Rimsky-Korsakow.

Angrenzende Gebiete.

Stotfeldsdorf. In der Mitalliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins gab Genosin Geyer den Bericht von der Frauenkonferenz in Altona. Sie forderte die Frauen auf, mehr Partei der „Gleichheit“ zu werden, und drückte die Verammlungen zu besuchen. Den Bericht vom Bezirksparteitag gab Genosin Heinrich Fick. Er wies u. a. darauf hin, daß die Mitalliederschaft in der Provinz von 72000 auf 86000 gestiegen ist. Die Zahl der Gleichheitsler hat sich von 1250 auf 1710 vermehrt. Die Bildungsarbeit soll energischer aufgenommen werden. Der Beitrag zur Kranzweihe wurde auf 6500 Mk. erhöht. Zum Austragen der Gleichheit wurde Genosin Geyer gewählt. Die Parteitagung wird zu Anfang des Jahres fertiggestellt.

Cutin. In der Landesausschussitzung am Mittwoch am 15. d. Mts. Bei der Wahl der Mitglieder zum Oberverwaltungsgericht wollten die Bürgerlichen die Wahlentscheidung nicht gelten lassen. Sie wollten unter keinen Umständen einen Sozialdemokraten gewählt haben. Bei der Beratung der neuen Gemeindeordnung, wo bis jetzt schon die Wahl zum Landesausschuß genau so wie bei der Reichstagswahl vollzogen worden ist, beantragten die Bürgerlichen eine Anstaltsdauer von 6 Monaten. Auch die Demokraten stimmten für Verkleinerung der Wahl. Reine Demokraten.

Aus aller Welt.

Das Drama von Kleppelsdorf.

In Hirschberg in Schlesien begann vor etwa einer Woche die Schwurgerichtsverhandlung gegen den früheren Maurer Grunze, der des Mordes an seiner 13-jährigen Stieftochter Ursula Schade und an der 16-jährigen Dorothea Rohrbach beschuldigt wird. Die Gattin des Angeklagten ist seit längerer Zeit spurlos verschwunden. Grunze soll sich auch des Sittensverbrechens an seiner Stiefkindern schuldig gemacht haben. Der Angeklagte, der die Besitzerin des Gutes Kleppelsdorf heiratete, macht unter der juristischen Anklage des Doppelmordes keinen schlechten Eindruck vor Gericht. Seine heidende Herkunft wird durch nichts in seinem Auftreten verraten. Er war einer der vielen, die der Krieg aus der ihnen vorgezeichneten Lebensbahn geworfen hatte, suchte sich nach der Heimkehr aus dem Felde durch eine anständige Heirat zu „rangieren“, fand als stattdessen, wenn auch einarmiger, aber

gewissen Frauen vielleicht gerade dadurch interessanter Mann Gnade vor den Augen einer ziemlich reichen, lebenslustigen Witwe und glückliche, im sicheren Hafen der Ehe endlich das lange ersehnte Glück gefunden zu haben. Da dieses Glück sich jedoch sehr bald als trügerisch erwies, hielt er Ausschau nach neuer Erfolgsmöglichkeiten. Er brauchte Geld, war in der Wahl der Mittel zur Deckung dieses dringenden Bedarfs nicht sehr heikel, knüpfte, da ihm die eigene Frau zu entsagen drohte, Beziehungen zu anderen weiblichen Wesen, auch solchen niedriger Ordnung, an und mochte schließlich gelaubt haben, in Kleppelsdorf bei der neuen millionenreichen Verwandtschaft „so oder so“ für sich etwas erreichen zu können. Da die reiche Erbin sich ihm jedoch abhold erwies und ihm einen Strich durch die fix: Rechnung machte, mag er dann vielleicht auf den Gedanken gekommen sein — — — Doch, das zu entscheiden, ist Sache der Geschworenen. Noch ist das Ende des Prozesses nicht abzusehen. Erst ein kleiner Teil der Zeugen ist gehört, zunächst haben die Hauptzeugen gesprochen. Was sie sagten, hat die Schuldfrage erst zum Teil entschieden, zum Teil aber auch noch offen gelassen. Die Vorgänge des mysteriösen Verbrechen sind zu verwickelt, als daß die acht Verhandlungstage schon genügt hätten, um vollauf Licht in das tiefe Dunkel zu bringen. Es tauchen plötzlich immer wieder neue Momente auf, die statt Klarheit zu schaffen, den Fall noch rätselhafter gestalten. — Die Mordtat hat sich am 14. Februar d. J. im Kleppelsdorfer Schloß zugetragen.

Blitzblanke Zähne schneeweiß und gesund dabei! Mundgeruch verschwindet durch die K. C. ABELLA Zahnpasta **SOLIDENTO** Überall erhältlich! (10581)

Der helle Kopf

Dr. Oetker's Backpulver Backin
macht Kuchen und Kleingebäck aller Art groß, locker und wohl-schmeckend.

Dr. Oetker's Puddingpulver
geben eine leicht herzu-stellende wohl-schmeckende und nahrhafte Nach-speise.

Dr. Oetker's Gustin
dient zur Herstellung von Puddings, Cremes, Pommes, etc., sowie zum Sattmachen der Suppen und Salaten.

ist die Schutzmarke der echten **Dr. Oetker's Fabrikate**

Man achte beim Einkauf darauf, daß man nur diese erhält!

(1052)

Brennstoffhöchstpreise.

Auf Grund des § 117 der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft vom 23. März 1921 (R.G.B. I. S. 242) vom 21. August 1921 legt das Landesverwaltungsamt folgende Höchstpreise fest:

	ab	Frei Haus	Lager
Weiß. Hartkohl, ungewaschen	Mt.	55.20	51.20
Weiß. Brechkohl, ungewaschen	„	57.20	53.20
Weiß. Anthrazit-Kohle	„	58.80	54.80
Strom-Anthrazit-Briketts	„	53.80	49.80
Braunkohlen-Briketts oder Halbkohle	„	35.50	31.50
Koks	„	30.70	26.70
Steinkohlen-Briketts	„	53.80	49.80
Strohlofen	„	40.90	36.90

Die vorstehend festgesetzten Preise, die sofort in Kraft treten, sind Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisgesetzes, Ueberschreitungen werden auf Grund der Verordnung gegen Preisstreberei vom 3. Mai 1918 bestraft.

Lübeck, den 15. Dezember 1921. (10550)

Das Landesverwaltungsamt.

Gewährung von Feuerungszuschüssen an Kriegshinterbliebene.

- Nach einem Erlaß des Reichsarbeitsministeriums vom 1. Dezember 1921 erhalten Kriegshinterbliebene, die Rente nach dem Reichsversorgungsgesetz beziehen, vom 1. Oktober 1921 ab folgende Feuerungszuschüsse: Witwen, die erwerbsunfähig im Sinne des § 37 des Reichsversorgungsgesetzes sind und nicht im Erwerb-leben stehen monatlich Mk. 80.—
widerloste Waisen 40.—
Kriegseltern für jeden Einzelteil 50.—
Wollwaisen 50.—
- Auf diesen Feuerungszuschuß werden die nach dem Erlaß vom 24. 9. 1921 gezahlten Feuerungszuschüsse in Anrechnung gebracht.
- Die Auszahlung der Feuerungszuschüsse für das Gebiet der Hauptfürsorgestelle Lübeck findet statt für Empfänger, deren Familienname beginnt mit den Buchstaben
A-F Montag, d. 19. Dezember, 3-5 1/2 Uhr,
G-K Dienstag, d. 20. „ 3-5 1/2 „
L-Q Mittwoch, d. 21. „ 3-5 1/2 „
R-S Donnerstag, d. 22. „ 3-5 1/2 „
T-Z Freitag, d. 23. „ 3-5 1/2 „

in der Fürsorgestelle, Untertrape 104 Zimmer 48.
Lübeck, den 15. Dezember 1921. (10556)

Hausliche Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte u. Kriegshinterbliebene,
Abt.: Kriegshinterbliebene.

1/2 bis 1 PS. Elektromotor,

nicht über 900 Touren pro Minute, zu kaufen gesucht. 10554

Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Anton Eibel
Else Eibel
geb. Schapert
Vermählte.
Lübeck, d. 13. Dez. 1921.
Für die vielen Glückwünsche und Geschenke danken herzlichst. D. D.

Guterh. Schauffelpferd gea. Ruppenweg. zu vert. 10539 Augustenstr. 18.

20 Stück kleine Zugänger billig zu verkaufen. (10563) Ihde, Drögestr. 17.

Zu verkaufen zwei Sah Feriel von 120 Mt. an.
H. Stapelfeldt, Kleppelsd. Al. 80 (10552)

Zu kaufen gesucht gut erhaltene Mandoline. 10547) Dornstr. 60a. v.

Wir bieten an:

Bemdenische, Nessel, Bettbezüge, Bettmatt, Schürzenstoffe, Handtuchstoffe, Barchende, Kleiderstoffe

zu noch sehr vorteilhaften Preisen!

Ferner empfehlen wir: **Praktische Weihnachts-Geschenke** wie Schürzen, Unterröcke, Untertailen, Strümpfe etc.

Beachten Sie bitte unser Schaufenster!

Walter Griefhan & Co.
Lübeck, Müxstr. 74. (10548)

Warnung.

Es kommt in der letzten Zeit wieder häufiger vor, daß Geschäftsleute Lebensmittel oder sonstige Gegenstände des täglichen Bedarfs zu höheren als den ortsüblichen Preisen verkaufen, unter dem Vorwand, daß die Ware zu höheren Preisen eingekauft sei. In den meisten Fällen sind sie aber nicht in der Lage nachzuweisen, von wem und zu welchen Preisen sie die Ware bezogen haben. In allen diesen Fällen ist der Verdacht begründet, daß die geforderten Preise unvertretbar sind, und daß Preisstreberei vorliegt. Das Landesverwaltungsamt warnt daher ausdrücklich vor einem derartigen Geschäftsgebahren. Die Geschäftsleute sind verpflichtet, auf Erfordern über die Herkunft und den Einkaufspreis der Ware Auskunft zu geben und in allen Fällen, in denen sie hierzu nicht in der Lage sind, insbesondere, wenn sie die Person des Verkäufers nicht so einwandfrei nachweisen können, daß nach der Herkunft der Ware weiter geforscht werden kann, wird das Landesverwaltungsamt häufig auf Grund der Bundesratsverordnung über die Herkunftsangaben zulässiger Personen vom Handel und Gewerbe die Untersuchung des Handels und der Abrechnung der betreffenden Geschäfte anordnen.

Lübeck, den 13. Dezember 1921. (10541)

Das Landesverwaltungsamt.

Hansa-Melerei

C. H. D. E. H. (10556)

Betreff: Ausgabe der von uns im Spätommer zurückgelassenen Butter zum Preise von Mk. 35.— pro Pfund.

Auf mehrfach gestellte Anfragen teilen wir unserer werthen Kundschaft mit, daß unsere Butterstellen angekauft sind, zunächst jedem Kunden nur 1/2 Pf. dieser Butter zugänglich zu machen, soweit der Vorrat reicht. Die kunderschaftlichen Familien sind in erster Linie bei der Ausgabe zu bedenken.

Der Preis ist festgesetzt auf Mk. 17.50 das halbe Pfund, und ist der Preis auf jedem Paket ausgedruckt.

Die Bedienung der Läden kann nicht auf einmal erfolgen, sondern erfolgt der Reihe nach.

Sofort gesucht ein **Mot. emmädchen** oder **Morgenfrau.** Jürgens, Dornstr. 95 i. (10542)

Gr. Ruppenweg, Ruppenweg, Ruffeser, Schlittschuhs, 1 Bett. (10534) Heimstätten 13.

Zu vert. n. Ruppe, R. Sport u. Wiege (10532) Engelsmühl 16 L.

Runderw. z. d. Burgj. Bar. I. R. L. ab Adolff. (10564)

Bedd. Weg. 450 M. n. Stammoph. u. Z. mit 10 Platt. 650 M. (1053) Fischergrube 26

Ein Runder-Klavonuh. zu verkaufen. Schlittschuhs, Ruffeser, Dornstr. (10535)

Asthma. Behandlung: System Dr. med. Olpe. **Medikamenten Vernebelung.** ges. gesch. geg. Asthma, Bronchialkatarrh, Keuchhusten, Lungenleiden im **Asthma-Ambulatorium** Kirchenstr. 12. (10535)

Freitag und Sonnabend prima junges fettes **Rohfleisch** (Fohlenfleisch) ff. ger. Mettwurst und Geflügel

Fr. Kollmann Reiterstr. 8. (10559)

Laat. runde Zuhören in **Fuß-, Seefischen u. Ränderwaren** **Prümm,** Wahnstraße 21. (10561)

Leider Lederausschnitt Ersatzsohlen in haltbaren Fabrikaten Alle Schmecker-Artikel **C. Grimm Nachf.,** Lederhandlung und Schältefabrik (10546)

Achtung, Sparklubs! Sparkassen-Bücher in übersichtlicher Aufmachung vorrätig in der Buchhandlung **Friedr. Meyer & Co.,** Johannisstr. 46.